

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

VIERUNDDREISSIGSTER BAND

2005 – 2006

WALLSTEIN VERLAG

ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

EINE DISKUSSION

LEITUNG: HORST ALBACH

MIT BEITRÄGEN VON:

GERHARD CASPER, RALF DAHRENDORF,
HERBERT GIERSCH, EBERHARD JÜNGEL,
HUBERTUS VON PILGRIM, ROBERT M. SOLOW

A. Einführung

Auf der Ordenstagung in Wien (Jahrbuch Band 32) hat Lord Dahrendorf Gedanken über Entwicklungstendenzen der Beschäftigung vorgetragen. Herbert Giersch hat seine Thesen aus der Sicht des Ökonomen kommentiert. Dabei wurde deutlich, daß der Soziologe an Formen der Beschäftigung denkt, an die Handarbeit, an die Bedienarbeit und die Kopfarbeit.

Diese Formen der Beschäftigung haben sich im Laufe der Jahrhunderte unterschiedlich entwickelt. Beschäftigung in der Landwirtschaft spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Zudem ist aus der Handarbeit in der Landwirtschaft mit zunehmender Mechanisierung Bedienarbeit geworden. Industriearbeit gewann durch die industrielle Revolution zunehmend an Bedeutung. Heute wird der größte Teil des Bruttosozialprodukts von den Dienstleistungen erwirtschaftet. In diesem Bereich arbeiten die meisten Menschen. Beschäftigung ist nicht gleich bezahlter Arbeit. Der Ökonom versteht unter Beschäftigung die Gesamtzahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für ihn ist Arbeitslosigkeit die Gesamtzahl derjenigen, die Beschäftigung suchen, zu den am Arbeitsmarkt geltenden Löhnen jedoch keine Arbeit finden.

Zu den Beschäftigten im weiteren Sinne gehören auch die Selbständigen, die als Unternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne tätig sind. Ihre Arbeit wird durch den am Produktmarkt erzielten Gewinn entgolten. Ein besonderes Segment dieses Arbeitsmarktes sind die Existenzgründer im Bereich des e-Commerce. Die Ökonomen haben diesen Markt in den letzten Jahren besonders intensiv untersucht.

Künstler sind immer beschäftigt, erhalten für ihre Arbeit jedoch

nicht immer einen Lohn. Sie erzielen mit ihren Produkten nicht immer einen Gewinn.

Ehrenamtliche Arbeit ist in vielen Bereichen der Gesellschaft unverzichtbar. Gleichwohl wird sie nicht als Beitrag zum Sozialprodukt gemessen. Auch Hausarbeit geht nicht in die Berechnung des Sozialprodukts ein.

B. Vorbereitende Texte

I. Vorbemerkung

Für die Diskussion in Erfurt standen die Texte von Ralf Dahrendorf und Herbert Giersch zur Verfügung. Sie sind im Jahrbuch des Ordens Band 32 (2004) abgedruckt.

Ralf Dahrendorf hat für die Podiumsdiskussion ein kurzes Thesepapier verfaßt, das in diesem Abschnitt »Vorbereitende Texte« abgedruckt ist. Auch Herbert Giersch hat seine Thesen in einer etwas längeren Stellungnahme noch einmal erläutert und ergänzt.

Für die Vorbereitung auf die Diskussion lagen den Mitgliedern des Ordens Stellungnahmen von Eberhard Jüngel, Robert Solow und Hubertus von Pilgrim vor. Eine Besinnung auf das biblische Verständnis von Arbeit gemäß dem Text von Eberhard Jüngel schien angesichts der Vielfalt der disziplinären Aspekte von Beschäftigung, Arbeit und Arbeitslosigkeit sinnvoll.

II. Zur Debatte über die Zukunft der Arbeit

RALF DAHRENDORF

1. Die Debatte über die Zukunft der Arbeit, die durch die Beiträge von Herbert Giersch und mir ausgelöst wurde, leidet bisher am Fehlen einer gemeinsamen Fragestellung. Während es mir in meinem ursprünglichen Beitrag um einige soziale Veränderungen in der modernen Arbeitswelt ging, befaßt Herr Giersch sich mit den makro-

ökonomischen Voraussetzungen der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Im Prinzip könnten wir beide recht haben, was aber für den unbefangenen Zuhörer enttäuschend wäre, der gerne verstehen würde, ob denn die (deutsche) Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann und was zu diesem Zweck zu tun ist.

Damit ist eine Fragestellung beschrieben. Herr Giersch gibt in seinem zweiten Papier (siehe Seite 14) eine Antwort: »Ja«, sagt er, »die (deutsche) Arbeitslosigkeit läßt sich beseitigen.« Am geeignetsten wäre dafür eine Abwertung der Währung. Da diese für einzelne Mitglieder der Eurozone nicht mehr möglich ist, muß ein komplizierter Umweg gefunden werden, der dennoch das (deutsche) Lohnniveau auf längere Sicht so feststellt, daß nur mehr ein Kernbestand von »echten« Arbeitslosen, eine Art »Normalniveau« der Arbeitslosigkeit übrigbleibt.

Andere mögen erörtern, ob die von Herrn Giersch zu diesem Zweck vorgeschlagenen Maßnahmen theoretisch zulänglich und politisch realistisch sind. Der Diskussion im Pour-le-mérite-Kreis ist es vielleicht dienlicher, wenn ich bei meiner nicht im technischen Sinn ökonomischen Perspektive bleibe und die Frage aufnehme: Welche Hindernisse wären auch dann noch zu überwinden, wenn Herrn Gierschs Programm realisiert würde? Dazu einige Thesen:

2. Die Beziehungen zwischen Wachstum und Beschäftigung sind komplizierter geworden, als traditionelle Theorien dies nahelegen. Die Wachstumsschwelle, von der an Arbeitsplätze geschaffen werden, liegt höher. Es gibt das Phänomen des sogenannten jobless growth. Wachstum alleine reicht offenbar nicht.

3. Dabei ist eine neue Spaltung des Arbeitsmarktes besonders folgenreich, die ich (in meinem ursprünglichen Papier) mit Adair Turner als die zwischen High-tech- und High-touch-Tätigkeiten beschrieben habe. High-tech-Stellen sind in der »Wissengesellschaft« zahlreich und wichtig, aber keineswegs unbegrenzt gefragt. Andererseits gibt es eine wachsende Nachfrage nach einfachen Handreichungen, von der Gastronomie bis zur Altenpflege. Nur solche Niedrigqualifikations- und Niedriglohn-Tätigkeiten sind prinzipiell unbegrenzt verfügbar.

4. In vielen Ländern, und ausgeprägt in Deutschland, sind High-touch-Stellen unbeliebt. Sie gelten als erniedrigende Dienstleistungen und werden Zuwanderern oder auch zwangsweise Tätigen (Wehrersatzdienst) überlassen. Eine nicht geringe Zahl zieht die Arbeitslosigkeit vor. Nur bei einem totalen Abbau der Unterstützung von Arbeitslosen wäre hier Änderung wahrscheinlich.

5. Eine weitere Spaltung des Arbeitsmarktes liegt in der allmählichen, aber deutlich spürbaren Reduktion von »Normalarbeitsplätzen«. Sogenannte »sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze« nehmen stark ab; über eine Million sind in Deutschland in den letzten fünf Jahren verschwunden.

Damit werden andere Formen der Beschäftigung die Regel: Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Scheinselbständigkeit, Schwarzarbeit. In manchen sozialen Gruppen ist damit eine Arbeitswelt entstanden, die sich der traditionellen Arbeitsmarktanalyse entzieht und zugleich neue Fragen der Sozialpolitik aufwirft.

6. Die deutsche Arbeitskultur, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, unterscheidet sich dramatisch von vertrauten Annahmen über »deutschen Fleiß«, »deutsche Genauigkeit« und dergleichen. In meinem ursprünglichen Papier zu dieser Debatte habe ich die deutsche Arbeitsunlust beschrieben: Kurze Arbeitstage, kurze Arbeitswochen, kurze Arbeitsjahre, kurze Arbeitsleben. Gewisse Veränderungen – wie ein sinkender Krankenstand – sind heute erkennbar, aber die kulturelle Abkehr von der Arbeitsgesellschaft bleibt deutlich.

7. Auch sonst hilft die deutsche Wirtschaftskultur der raschen Reduktion der Arbeitslosigkeit nicht. Das paradoxe Gemisch von Reisen und Sparen schafft jedenfalls im eigenen Land keine Arbeitsplätze.

8. Einige der Folgen solcher Tendenzen habe ich in meinem ursprünglichen Text andeutungsweise beschrieben. Diese machen es jedenfalls nicht völlig abwegig zu sagen, daß der Arbeitsgesellschaft

die Arbeit ausgeht. Zumindest geht der durch Normalarbeitsplätze strukturierten Gesellschaft die nötige Menge an Erwerbsarbeit aus. Immer häufiger hört man daher, daß Sozialleistungen von Arbeits-einkommen entkoppelt werden müssen, weil sonst die verbleiben-den Besitzer von Normalarbeitsplätzen unvertretbar zur Kasse ge-beten werden. Der Arbeitsplatz im traditionellen Sinne ist also nicht mehr das Zentrum der sozialen, ja sogar der sozialökonomischen Position von Menschen. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind selbst ein großes Thema. Dieses Thema war übrigens der Gegen-stand meines ursprünglichen Papiers.

9. Eine Fußnote noch zu der hier für Zwecke der Diskussion zuge-spitzten Fragestellung einer effektiven Beschäftigungspolitik: Häu-fig wird heute die Erfahrung verschiedener Länder verglichen. Da-bei ist die Gegenüberstellung von Deutschland und Großbritannien besonders beliebt. Dann wird vom »Thatcherismus« und der »neo-liberalen Politik« von Herrn Blair gesprochen. Neuere Untersuchen-gen zeigen jedoch, daß der Hauptgrund für die niedrige Arbeits-losenrate in Großbritannien nicht in allgemeinen Lohnsenkungen, auch nicht in größerer Flexibilität liegt. Er liegt vielmehr in der Schaffung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen im öffent-lichen, meist staatlichen Bereich. Auch die zusätzlichen privatwirt-schaftlichen Stellen (vor allem in der Bauindustrie) sind eine Funk-tion der Expansion des öffentlichen Sektors. Keynes redivivus? Jedenfalls scheint es, als ob die Hindernisse auf dem Weg zu größe-erer Beschäftigung nicht nur ein deutsches oder auch deutsch-franzö-sisches Phänomen sind.

Über die Rezepte wird weiter zu reden sein.

III. Arbeit durch Wachstum?

HERBERT GIERSCH

1. Ärgerliche Anlässe

Haben oder Nichthaben, statt des soziologischen Sein, das ist bei Arbeit und Lohn für den Ökonomen immer noch die bewegende zentrale Frage. Zum Nachdenken über das Haben und Nichthaben von Arbeit und über Arbeitslosigkeit als persönliches Pech und als wirtschaftspolitisches Ärgernis gab es für den Verfasser seit seinen Jugendtagen mancherlei hautnahen Anlaß. Eindrucksvoll und interessant war es zu sehen, wie die Anstöße aus den Zeitumständen entstanden und wie sie später ihren Niederschlag in der Berufswahl fanden. Doch das ist hier nicht die zentrale, alles bewegende ökonomische Frage.

Mit einigem Entsetzen und Unbehagen registrierte der heranwachsende Sohn:

- die desperate Erwerbslosigkeit des Vaters im Krisenjahr 1930,
- die Warteschlangen der »Stempler« vor den Arbeitsämtern auf dem Schulweg vom schlesischen Weberdorf in die krisengeschüttelte Textilstadt am Fuße des Eulengebirges,
- die Wahlsiege Hitlers im Gefolge der Weltwirtschaftskrise,
- die Popularität der Arbeitsbeschaffung unter Schacht 1934,
- den Kontrast zwischen der entwürdigenden Praxis und der heuchlerischen »Spatenideologie« rund um den »Adel der Arbeit« im gesetzlichen Reichsarbeitsdienst 1939,
- die aktive Arbeitsplatzsuche nach der Kriegsgefangenschaft 1946.

2. Definitionen, Maße und Maßstäbe

2.1 Die populäre Sprechweise sagt: »Wachstum« auch dann, wenn sie nur den kurzfristigen »Zuwachs« von Input, Output und Produktivität im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung meint. Wachstum – im Kontrast zum »Zuwachs« – zielt auf das nachhaltige

An- und Aufwachsen der Gebilde und Populationen in einem langfristigen Prozeß, meist im Verein mit einem Wandel ihres Äußeren und ihrer inneren Struktur. Wir beziehen den Input auf den Output, um die Produktivität zu ermitteln: Die Arbeits- oder Kapitalproduktivität, die Produktivität je Person oder je Arbeitsstunde, die tatsächliche wie die potentielle Wertschöpfung.

Qualitatives Wachstum steht im Kontrast zu den Müllhalden des quantitativen Wachstums, das auf Ressourcenverschwendung hinausläuft. Zum Produktionspotential gehört die Kapazitätsauslastung. Eine Kapazitätsauslastung von hundert Prozent bedeutet »Vollbeschäftigung«, ein Nachfragedefizit heißt nach einem angesehenen Konjunkturforscher »Okun Gap«.

2.2 Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des wachsenden Produktionspotentials. Sie ergeben sich meist aus der Labilität der Investitionsausgaben, die ihrerseits mit den Fortschritten der Wissenschaft korreliert sind. Man kann in diesem Prozeß viel Arbeit einsetzen oder arbeitssparende Ergebnisse erzielen. Zum Einsparen zwingen oder ermutigen der Zins als Preis für die Nutzung von Kapital und der Lohn als Preis der Arbeit, bezogen auf den Wert des Grenzprodukts. Ein Fortschritt ist neutral, wenn er den Kapitalzins nicht berührt. Entsprechend kann ein forcierter Anstieg der Löhne ein übermäßiges Einsparen von Arbeitskraft bewirken. Man spricht dann auch von Fehlrationalisierung, technologischer Arbeitslosigkeit und »jobless growth«. Ähnlich läßt ein Wachstum, das mit dem Kapitalangebot kollidiert, den Realzins steigen. Es ist dies ein Signal zum Strecken oder gar zum Vertagen von Vorhaben im Interesse der monetären und finanziellen Stabilität. Ein Anstieg der Reallöhne über den Zuwachs der Arbeitsproduktivität hinaus bedeutet Gefahr für die Beschäftigung, weil er den Arbeitgebern grünes Licht für das Einsparen von Arbeitsplätzen gibt. Wo immer sich eine Entwicklung abzeichnet, die die Interessen des Faktors Arbeit in Mitleidenschaft zieht, sollte man die Frage nach der Unbedenklichkeit des Lohnanstiegs in der jüngsten Vergangenheit nicht unter den Tisch fallenlassen.

2.3 Ein Wachstum in der Größenordnung von drei Prozent könnte man als sozialverträglich ansehen, wenn es gelänge, den Arbeitsmarkt so zu reformieren, daß er den wachstumsbedingten Strukturwandel ohne größere Friktionen mit hoher Arbeitslosigkeit bewältigt. Selbst für die Konsumenten sind Vorgaben und Ziele mit drei Prozent Wachstum nicht allzu ehrgeizig; sie sind auch individuell erstrebenswert. In Phasen des Wiederaufbaus nach einem verheerenden Krieg schafft man mehr. Dies zeigt das dritte Quartal des 20. Jahrhunderts, das noch durch den Schwung des Wiederaufbaus nach dem Kriege gekennzeichnet war. So scheint es nicht zu ehrgeizig, ein solches Dreiprozent-Tempo vorzugeben und anzustreben.

2.4 Kennzeichnend für das Wachstum in neuerer Zeit sind Begriffe wie nachhaltig, exportintensiv, marktkonform, kapitalsparend, arbeitssparend. Die Kosten der Kommunikation sinken und begünstigen die Arbeitsteilung über weite Distanzen. Die Märkte sind offen, so daß die große Mobilität der Güter wie der Produktionsfaktoren zu einem allseitig lebhaften Gerangel führt. Wer die Möglichkeiten der Mobilität nutzen kann, wird zu den Gewinnern zählen. Einbußen an Wert erleiden in diesem Prozeß der Marktexpansion die immobilen Ressourcen, die im Boden verwurzelt sind. Der Triumph fällt sozusagen den Unsoliden in den Schoß, den Zugvögeln, den Wandergesellen, den Glücksrittern und den Spekulanten. Wenn dies keinen Ärger hervorrufen sollte, wäre es verwunderlich. Der Wettbewerb in den erweiterten Räumen scheint härter zu werden, als es im Lehrbuch steht.

2.5 Man begreift das Gerangel, den Wettstreit aller mit allen überall, am besten als ein Streben nach Erfolg an allen Standorten, als grenzenlosen Standortwettbewerb; es ist eine Sicht, die den staatlichen Gebilden strenge Maßstäbe vorgibt, so als wäre der mobile Bürger zum Schiedsrichter der kommunalen Wirtschaftsdynamik bestellt.

2.6 Drei Prozent war die Zahl, die im Jahrhundert der Industrialisierung in England und auf dem Kontinent vor dem ersten Welt-

krieg für das Wachstum typisch zu sein schien.¹ Ähnliche Schlüsse legen auch die Daten des vierten Quartals nahe. Sie halten wir für die beste Setzung zum Abschätzen der Wachstumskräfte im 20. Jahrhundert, auch wenn wir konzedieren, daß die Zeit nach 1945 nur eine ausgleichende Korrektur für das Desaster oder Manko der Weltwirtschaftskrise brachte. Wer diese Grundannahme bestreitet, mag argumentieren, daß wir zu optimistisch oder zu ungeduldig sind.

2.7 Drei Prozent des Bruttosozialprodukts ist die magische Zahl für gesundes Wachstum in einer freiheitlich verfaßten Ordnung, sie ist auch nützlich als Richtschnur für ein maßvolles Zurückführen des Anteils, den der Staat vom Produktionspotential beansprucht.

2.8 Das natürliche Wachstum schließt für den einzelnen ein Durchschnittsverhalten ein, das nicht über die Anforderungen an einen Staatsdiener und Wirtschaftsbürger hinausgeht. Wer mehr verdienen oder schneller vorankommen will, muß größere Flexibilität oder Mehrarbeit anbieten und bereit sein, die Masse zu überholen.

3. Lohnzuwächse für Arbeitsplätze

3.1 Im weltweiten Wettbewerb der offenen Arbeits- und Kapitalmärkte, der die Globalisierung dieses Jahrhunderts kennzeichnet, hat sich Deutschland vielfach Respekt und Resonanz verschafft, so als Weltmeister im Export gediegener Güter und Leistungen, als zuverlässiger Hersteller innovativer Qualitätserzeugnisse und als angesehenen Kredit- und Ratgeber im Bereich der internationalen Investitionen.

3.2 Ähnlich wie nach 1945 leidet das Land unter einem Manko in seiner industriellen Struktur. Während ein erfreulich großer Teil des Produktionsapparats den modernsten Stand der Technik verkörpert und sich als hochgradig effizient erweist, fehlt es für fünf Millionen Arbeitskräfte an Sachkapital, Unternehmertalent und einem Mindestmaß an komplementärem Humankapital und Erfahrungswissen. Diese Angebotslücke ist nicht, wie es 1945 der Fall war, die Folge physischer Zerstörungen; sie ist vielmehr die Konse-

quenz einer langjährigen Investitionsschwäche. Fünf Jahre ist nach groben Schätzungen der Zeitraum, der zur Rehabilitation durch eine temporäre Wachstumsbeschleunigung eingeplant werden müßte. Es könnte das Sozialprodukt dann ein halbes Jahrzehnt lang um vier statt um zwei Prozent wachsen. Ob es in diesem Zeitraum möglich wäre, das West-Ost-Gefälle auszugleichen, muß offenbleiben.

3.3 Die deutsche Wachstumsmalaise ähnelt in mancher Hinsicht der englischen Krankheit, die vor der neoliberalen Thatcher-Reformation Anfang der achtziger Jahre diagnostiziert wurde. Sie zeigt die für eine Hochlohnregion typischen Merkmale der klassischen Arbeitslosigkeit und eines Kapitalmangels, der die Investitionsschwäche der letzten Jahre und Jahrzehnte widerspiegelt.

3.4 Als Deutschland wiedervereinigt wurde und wirtschaftlich unbedingt zu den Kerngebieten von Euroland gehören wollte, schlug die Lohndynamik voll auf die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze durch, vor allem in Ostdeutschland. In der Größenordnung liegt das Niveau der tariflich vorgegebenen Mindestlöhne derzeit real gerechnet wohl irgendwo bei rund zehn Prozent über dem Hochbeschäftigungsniveau. Was Deutschland makroökonomisch brauchte, wäre demnach eine Abwertung seiner Währung, also des Außenwerts der Löhne, Preise, Kosten und Bodenwerte um diese zehn Prozent. Ersatzweise wäre Lohnzurückhaltung zu empfehlen. Andernfalls gälte es, überzogene Lohnforderungen als das zu bezeichnen, was sie sind: Verkaufte Arbeitsplatzsicherheit.

3.5 An dieser Stelle wird die Parallele zur historischen Diskussion um eine Abwertung zu Beginn der 1930er Jahre deutlich. Damals forderte die deutsche Industrie – unterstützt von ausländischen Ökonomen wie Keynes und Sprague – eine Abwertung. Jedoch: »Ein Hindernis für eine solche Politik war die völkerrechtlich bindende Vertragsverpflichtung zur Beibehaltung der Goldeinlösepflicht für die Mark.«² Da eine klassische Abwertung heute illusorisch ist, kommt nur eine Ersatz-Abwertung in Betracht, das heißt: Eine Abwertung des deutschen Lohnniveaus im Vergleich zum erzielbaren

Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Praktisch bedeutete dies fünf Jahre Stillstand und Frieden an der Lohnfront. Statt des Lohndrucks, der ins Maßlose führte, gäbe es dann einen deflationsähnlichen Druck zur Senkung der Preise, fühlbar vor allem dort, wo der Produktivitätsfortschritt überdurchschnittlich ist.

3.6 Da wir an diesem Punkt mangels nützlicher Erfahrungswerte allzuleicht politökonomisch irren können, sei als Variante eine Wette zur Diskussion gestellt: Eine Tariflohnpause wird ausgehandelt. Sie entsteht am korporatistischen Verhandlungstisch und endet automatisch, wenn die Zahl der Arbeitslosen auf vier oder drei Millionen zurückgegangen ist. Wenn dies nicht gelingt, endet der Versuch mit der Entscheidung des Wahlvolks, daß sowohl Flächentarif wie das Doppelmonopol des Streiksystems zu den unentbehrlichen Bestandteilen der sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung gehören.

3.7 Deutschland hat aller wirtschaftspolitischen Phantasielosigkeit zum Trotz noch diese eine, vielleicht letzte Chance im Gehege des Korporatismus. Wir dürfen sie nicht außer Betracht lassen, erspart sie uns doch vielleicht eine Radikalreform am Rande des Grundgesetzes. Das Minimum wäre – wie gesagt – ein lohnpolitisches Stillhalte-Abkommen mit dem Ziel, die tariflichen Mindestlöhne real, also inflationsbereinigt und indexiert, festzuschreiben, bis die Arbeitslosigkeit auf eine Million echte Arbeitslose gesunken ist. Dann können die Unternehmen ihre Produktivitätsfortschritte anteilmäßig voll weitergeben: in niedrigeren Preisen, in höheren Leistungslöhnen und in Gewinnausschüttungen. Das läge auch im Interesse der Standortattraktivität.

3.8 Die Arbeitnehmer werden einsehen, daß sie im Standortwettbewerb nur dann gewinnen können, wenn sie im Kapitaleigner nicht den bösen Buben oder Nachbarn sehen, sondern den Partner in einer lokalen oder regionalen Wertschöpfungsgemeinschaft. Der Standortwettbewerb ersetzt die Legende vom ewigen Klassenkampf, indem er den Lokalpatriotismus weckt. Fünf Millionen Arbeitslose nach fünf Jahrzehnten Ludwig Erhard? Soll das so bleiben? Lohn-

kämpfe mit fünf Millionen Arbeitslosen als Kombattanten? Da ist es höchste Zeit, den lohnpolitischen Bildungsnotstand auszurufen.

3.9 Wo kommt, so hört man die loyalen Bürger zweifelnd fragen, bei allem Lamento die Nachfrage her, die das zusätzliche Angebot an Gütern und Diensten hervorlockt? Vom Staat, von den Kommunen? Aus dem Ausland? Was bewirkt die Initialzündung? Ganz so dramatisch, wie es sich anhört, stellen sich die Fragen nicht; denn wir starten ja nicht bei null. Und sollte es nicht die Not sein, der wir gehorchen, so geschieht es aus eigenem Triebe, und sei es auf der Angebotsseite.

3.10 So oder so werden hier und da zusätzliche Ausgaben anfallen – im Unternehmensbereich, beim Staat, in den öffentlichen und privaten Haushalten. Viele werden gezwungen sein, sich zusätzlich zu verschulden, obwohl es heißt, sie seien ohnehin überschuldet. Wie passt es zusammen, daß man potentiellen Sparern Zinsen versprechen kann, während die bisherigen Kreditnehmer unter der Zinslast stöhnen? Muß da nicht erst in einer großen Krise eine Entschuldung stattfinden? Vielleicht, aber nicht notwendig! Denn es kann durchaus reichen, daß man im kollektiven Hochgefühl eine Neubewertung der Aktiva vornimmt, zum Beispiel mit Hilfe der Kursnotizen an der Wertpapierbörse. Der Konjunkturfrühling kommt oft über Nacht, wenn es so richtig kaum jemand bemerkt.

4. Wunschezettel Agenda 2005

4.1 Wenn die Deutschen den Wohlstand in ihrem Lande mehren wollen, müssen sie mehr arbeiten; sie könnten auf zwei Tage der feierlichen Vergangenheitsbewältigung verzichten und einen Tag der Zukunftsgestaltung widmen.

4.2 Ein Festtag am Ende des Fastens für eine Abnahme der Staatsquote machte das Zurückdrängen des Staatsanteils populärer, es wäre wirksamer als die Maastricht-Defizitregel, die es den Staaten nahelegt, die Steuersätze zu erhöhen, wenn es eng wird.

4.3 Staatliche Haushaltsdefizite sollten nur durch Emission wert-

stabiler Anleihen finanziert werden, also immer über den Kapitalmarkt und das von diesem ausgeübte Kontrollverfahren, nie durch die Notenbank.

4.4 Statt die Steuern zu erhöhen, sollte der Staat im Zuge des Steuerwettbewerbs jene Steuern senken, die sich als besonders schädlich für die Arbeitsteilung, den Arbeitsmarkt und das Überleben junger Unternehmen erwiesen haben. Gemeint ist auch die sonst so beliebte Mehrwertsteuer, die die aktiven Arbeitslosen in die Schattenwirtschaft vertreibt.

4.5 Investitionen, vor allem junger Unternehmen, lassen sich fördern, indem der Staat durch liberale Abschreibungsregeln dahin wirkt, daß die Anfangsgewinne im Unternehmen verbleiben oder als Kreditbasis dienen können (handelbare Steuergutscheine). Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ist besser als Mitbestimmung.

4.6 Ein Tariflohn-Moratorium, bis die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf eine Million gesunken ist, wäre angemessen als Signal der lohnpolitischen Moderation. Die Kostenersparnis, die der Produktivitätsfortschritt mit sich bringt, fände ihren Niederschlag in niedrigeren Preisen, die den Absatz steigern.

4.7 Humankapital-Investitionen auf Kreditbasis kommen in Betracht, soweit es darum geht, den Produktionsfaktor Humankapital zur zentralen Antriebskraft der Wachstumspolitik zu machen.

4.8 Der Staatsschuld stehen Vermögenswerte gegenüber, auch fiktive Forderungen des Staates an das Staatsvolk. Was das Volk dem Staat und der Staat dem Volke schuldet, sollte einmal bilanziert werden, damit nicht die Diskussion über solche Fiktionen den Staat daran hindert, sich seinen produktiven Zukunftsaufgaben im Bereich der Sicherheit zu widmen, auch der sozialen Sicherheit.

4.9 Eine innovative Lösung liegt in der Konversion der Staatsschuld in Titel, die dem zunehmenden Bedarf an privater Altersvorsorge entgegenkommen.

4.10 Wachstum verlangt, daß wir mehr Höherwertiges tun und schaffen, erwerben und verbrauchen, genießen und bewahren. Warum eigentlich zögern wir? Brauchen wir, weil es uns die Sprache verschlägt, vielleicht ein verbales Substitut dafür? Ein anderes Vokabular?

5. Einwände und Antworten

5.1 Zugegeben: Die Zahlen sind zu vage und haben keinen Informationswert. Aber sie erscheinen plausibel. Dann kann gelten: No argument without a number.

5.2 Begrifflich ist klarzustellen: Mit Mindestlöhnen meinen wir einfach Tariflöhne, die vereinbarungsgemäß über-, aber nicht unterschritten werden dürfen. Das Problem der Umverteilung ist grundsätzlicher Natur: Wieviel Umverteilung verträgt eine Partnerschaft, eine Kleingruppe, eine Hausgemeinschaft, eine Volksgruppe, eine Kommune, ein Volk, eine Nation? Umverteilung verlangt Abgabenzwang beim Beschaffen der Mittel, Selbstbeherrschung beim Anlegen des Vermögens, Eigenverantwortlichkeit beim Hilfsempfänger, Vor- und Rücksicht auf schädliche Nebeneffekte beim Verbrauch (moral hazard, Sucht).

5.3 Moralpredigten, »moral suasion«, als Mittel sprechen für sich. In dem Bericht einer Expertengruppe der OECD (McCracken Report) aus dem Jahre 1977 findet sich unter dem Titel »Towards full employment and price stability« die bemerkenswerte Empfehlung »If there is a problem arising from a persistent tendency for labour costs to rise too much in relation to output prices, ... one approach would be to try to reach consensus on the need for higher profits and investment among the government, labour and management in the framework of some form of price and incomes policies.«

5.4 Weiter heißt es: »We support the idea that governments should discuss regularly with the organisations representing business and labour the ... wages which should be aimed at over the coming year

or so, consistent with achieving or maintaining high employment levels ... They cannot follow demand management policies which would accommodate high inflation rates.« (S. 214)

5.5 In meinem Minderheitsvotum zu dem OECD-Bericht heißt es: »The co-ordination model embodied in the Report is in my view too much based on ideas that prevailed when the world was believed to live under a regime of fixed exchange rates and convertibility limited to current account transactions ... Under floating rates stability always begins and ends at home, and the level of employment in any one country as in any region or firm will remain to depend essentially on whether or not real wages are in line with productivity« (S. 248). Dies ist noch heute meine Position in bezug auf die Frage, was die Beschäftigung in einem Standort bestimmt: Die Lohnsteigerungen müssen sich im Rahmen der Produktivitätssteigerung halten, wenn die Arbeitsplätze wettbewerbsfähig bleiben sollen.

5.6 Die hier angebotene Lösung sei zu radikal, zu einfach, zu elegant, zu clever, zu aufwendig, zu theoretisch, zu praxisfern. All dies ist nicht von der Hand zu weisen, aber korrigierbar. Der Einwand wird weniger bedeutsam erscheinen, nachdem sich die speziellen Interessengruppen mit ihren Belangen zu Wort gemeldet haben. Am Schluß erst wird bilanziert: Dann vergleichen wir.

5.7 Man muß damit rechnen, daß auf dem Boden der Tatsachen oder Machtverhältnisse die politischen (im wesentlichen verteilungspolitischen) Gesichtspunkte zum Tragen gebracht werden. Auf den Standard-Einwand, daß die Lösung zu Lasten des kleinen (armen) Mannes gehe, ist zu antworten, daß es Verteilungskämpfe und ganz konkrete Streiks waren, die den Reallohn im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität nach oben gedrückt haben – auf Kosten der Kapital- und Gewinneinkünfte der mobilen Unternehmen und Aktivitäten. Macht kann Lohnerhöhungen erzwingen, aber nicht ohne das komplementäre Kapital zu verschrecken. Das kostet hochproduktive Arbeitsplätze. Exportweltmeister wird man scheinbar auch dadurch, daß man die Zelte im Inland abbricht und das, was als mobiles Kapi-

tal deklariert werden kann, jenseits der Grenze wieder in Betrieb nimmt.

IV. Was sind die Fragen?

ROBERT SOLOW

1. There are a few important distinctions that must be maintained, or clarity disappears. The first is between unemployment (Arbeitslosigkeit) and inactivity (außerhalb des Arbeitsmarktes). The unemployed are actively seeking work; the inactive are not, although they may have worked in the past, and might, in some circumstances, seek work in the future. The amount of unemployment can fluctuate from quarter to quarter or year to year; the amount of inactivity moves more slowly.

2. There are two distinct kinds of unemployment. »Classical« unemployment arises when there are jobs available that the unemployed can actually perform, but that they will not accept because they insist on higher wages than employers offer. One must be careful here: it is probably true, but certainly an empty truth, that everyone could find work if wages were close to zero. Relevant wage rates should bear a relation to productivity, as Herbert Giersch points out. Herbert seems to think that essentially all German unemployment today is classical, and that it would require a wage reduction of about 10 percent to eliminate it. I am sceptical in two respects: I do not know where the 10 percent estimate comes from; and I believe that a substantial fraction of German unemployment is not classical.

The second kind of unemployment is usually called »involuntary,« which sounds vague; but it has a precise meaning. Involuntary unemployment occurs when a worker is prepared to accept a job that he or she can do, at the current wage being paid for that kind of work, but no such jobs are available. Work places are limited because there is no market for the extra product that additional workers would produce. (And firms are reluctant to reduce their prices). I think there is

a non-trivial amount of involuntary unemployment today in Germany, France, and elsewhere. Ask yourself this question: suppose that there should be, for any reason, an increase in the world's desire to buy German exports. Would German employers regard this as a disaster? I think they would happily hire more workers, with negligible increase in wages, and meet the demand profitably. The same thing could be accomplished with an increase in internal demand, that could be brought about through policy. Why does it not occur? I think that German officials and economists have accepted a false view of the way a modern industrial capitalist economy works. One can find in the utterances of the old Bundesbank and of the Sachverständigenrat suggestions that there is something insubstantial or false about policy-induced expansions of internal demand. I have not understood the reasoning unless it is blind faith that the modern German or American economy is the sort of atomistically competitive, flexible economy that Adam Smith described. One also hears it said that the »natural« rate of unemployment in Germany is very near 10 percent, meaning that any reduction in it would create accelerating wage inflation. I think that the argument for this view is flimsy, but I can not say more here. The same argument was made in the U.S. (with six or seven percent replacing 10 percent), but the past decade has been a living refutation of it.

3. Inactivity is a different matter, although it has been found in the U.S. that many people »leave the labor force,« and become statistically inactive instead of unemployed, simply because they are convinced that there are no jobs to be had at current wages; they return to activity when the labor market improves. Nevertheless it is surely the case that much inactivity derives from the availability of alternatives to income from work: pensions, disability payments, unemployment insurance, and other welfare-state benefits. Difficult compromises are obviously necessary: we do not want sick and disabled people to be forced into working, but we do not want to encourage healthy people to pretend to disabilities. It is easy to improve the work-incentive aspect of otherwise desirable welfare-state programs

to relieve poverty. In the U.S. the Earned Income Tax Credit has become the largest anti-poverty program: it subsidizes those with very low productivity, and thus with low wages, but it is limited to those who actually work, and provides a powerful incentive to work instead of being inactive.

Participation in the labor force also changes with demography and with social attitudes. I have neither the German nor the American figures with me. My guess is that the participation rate of working-age men has diminished during the past 50 years, as a result of earlier retirement, longer schooling, and other factors. The participation rate of working-age women has certainly increased dramatically for well-known reasons. Taking all people of working age together, I doubt that there has been a clear reduction in availability for work in the relevant age-group. A case can be made that the reduction in hours of work in Germany is at least partially induced by a tax system that extracts a large fraction of the last few hours' earnings.

Another way to measure the »disappearance of work« is to count income rather than people. In the U.S. wage income (including benefits paid for by employers) amounts to about 70 percent of all incomes. (Transfers from government amount to 15 percent). There seems to be no current trend in this proportion, neither up nor down. There was a time when income from work was 75 percent of all incomes, but not recently. The labor share in Germany may be a bit lower, mainly because medical care is not privately paid for, and employer-provided pensions are fewer. In terms of the sources of income, the disappearance of labor is at best a very slow process, and may not be visible at all.

Another distinction to be made: there has certainly been a continuing change in the nature of a »job«. Fewer workers can look forward to a stable career in what is recognizable as a single job. One cause of this major change is the rapid evolution of technology. Another is the fact of rising incomes. As people have more and more income to spend, they spend it on a widening variety of services and luxury goods. Preferences for these things are subject to rapid change, through fashion, satiation, and simple learning. Stability is not to be

expected. Something is disappearing here, even if it is not »work«; educational and economic institutions will have to change accordingly.

4. I do not know how it is in Germany, but in the U.S. one's job is the major determinant of one's social status. If you sit next to a stranger at a dinner party, that is the first question one is likely to ask. The common choice of words is interesting: What do you do for a living? Or even more simply: What do you do? Perhaps one's occupation is more important than the identity of one's employer. But even occupations may change rapidly in this kind of world. How will one answer that question at a dinner party?

Is it possible that automation, computerization, robots etc. should so drastically reduce the usefulness of human labor that market-determined wages would fall almost to zero? What would happen then? I suspect that this is the fear that drives much discussion of the disappearance of labor (as it has done for at least 200 years). I suppose the answer is that it could happen, in principle. No law of physics or economics excludes it. But we are very far from that state of affairs; if it will ever happen, it will be a long time from now. (Remember Ralf Dahrendorf's remarks about »high-touch« personal services, which may never be delegated to robots). That drastic outcome would then pose a deep and difficult question for society: through what mechanisms would we then distribute purchasing power to the members of the society? A similar question would arise if Herbert Giersch's wage reduction required to provide »Arbeit für alle« were to be 90 percent instead of 10 percent? (I think that realism is on Herbert's side here). This extreme, and extremely unlikely, case would pose Ralf's problem in the sharpest way.

C. Die Podiumsdiskussion

I. Vorbemerkung

Nicht zuletzt der Hinweis von Ralf Dahrendorf, daß wir gegenwärtig in einer Zeit leben, in der sich die Strukturen der Beschäftigung ändern, legt es nahe, die Podiumsdiskussion mit der Frage zu beginnen, was die Bibel unter Beschäftigung und Arbeit versteht. Vordergrundig ist es eine Welt von Handwerkern, Händlern und Konsumenten, in die uns die Bibel führt, eine Welt von Gastwirten und Geldverleihern. Aber die Bibel weist darüber hinaus. Lieber Herr Jüngel, darf ich Sie bitten, uns über Arbeit und Beschäftigung in der Welt der Bibel zum Auftakt unseres Gesprächs zu unterrichten?

II. Arbeit in biblischem Verständnis

EBERHARD JÜNGEL

Arbeitslosigkeit ist kein biblisches Thema. Allenfalls im Zusammenhang mit den in der Bibel mehrfach erwähnten Tagelöhnern kommt so etwas wie Arbeitslosigkeit in den Blick, zum Beispiel im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg, von denen einige bereits am frühen Morgen, einige aber erst Stunden später und wiederum einige sogar erst »um die elfte Stunde« Arbeit fanden, weil sie zuvor »niemand gedungen hatte« (Mt 20, 1-7).

Doch von einer arbeitsfreien Zeit ist in der Bibel verhältnismäßig oft die Rede, und zwar von einer *iure divino* arbeitsfreien Zeit. Das aber hängt damit zusammen, daß die Bibel das menschliche Leben als ein durch Arbeit gekennzeichnetes Leben kennt, in dem die von Aristoteles auf den Begriff gebrachte Unterscheidung eines *bios praktikos* und eines von der täglichen Arbeit freien *bios theoretikos* keinen Sitz im Leben hat. Das mag denn wohl auch der Grund dafür gewesen sein, daß mich der Ordenskanzler aufgefordert hat, mich an der heutigen Diskussion mit einigen Thesen – nun eben nicht zum Thema Arbeitslosigkeit, sondern – zum Phänomen der Arbeit aus biblischer Perspektive zu beteiligen, wohl wissend, daß zwischen dem, was wir

heute »Arbeit« nennen, und dem, was im Alten und im Neuen Testament so heißt, sozialgeschichtliche und kulturgeschichtliche Unterschiede von erheblichem Ausmaß bestehen. Schon diese Unterschiede, erst recht aber die Tatsache, daß mein Arbeitsfeld die Theologie ist, dürfte in kritischen Köpfen die Frage generieren, was denn ein Theologe, der es doch mit Gott, also mit dem Heiligen zu tun hat, zu einer so ganz und gar profanen Sache wie der menschlichen Arbeit zu sagen hat. Wie kommt die Kuh aufs Dach? – mögen sich viele fragen. Oder etwas biblischer ausgedrückt: Wie kommt denn Saul unter die Propheten?

Ich antworte, obwohl ich ein durch und durch evangelischer Theologe bin, mit einem mittelalterlichen Lehrer der Kirche, den die römisch-katholische Kirche sogar als Heiligen verehrt. Ich antworte mit Thomas von Aquin. Er hat behauptet, Gegenstand der Theologie sei alles, aber alles nur insofern, als es in Beziehung auf Gott erörtert wird: *omnia sub ratione dei*.

Sub ratione dei, in Beziehung auf Gott kann und muß also auch das Phänomen der Arbeit erörtert werden. Ich will das jedenfalls versuchen.

Ein theologisches Votum zum Thema Arbeit wird zunächst einmal an die biblische Wahrnehmung des Phänomens Arbeit erinnern müssen. Denn theologische Urteilskraft speist sich aus den biblischen Texten, wobei selbstverständlich die kulturgeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Abstände zwischen jenen historisch sehr alten, aber theologisch keineswegs veralteten Texten und unserer Gegenwart hermeneutisch zu beachten sind. Ich werde deshalb in einer Reihe von Sätzen an diese Quelle theologischer Urteilskraft erinnern.

Zunächst ein Definitionsversuch:

Arbeit ist diejenige Tätigkeit, die unter einiger Anstrengung ein Ziel realisieren soll, das außerhalb des tätigen Aktes liegt und das für den Arbeitenden, aber nicht nur für ihn nötig, zumindest aber vorteilhaft ist. Arbeit ist also ein etwas hervorbringendes, ein bewirkendes Handeln. Gegenbegriffe sind das gar nichts hervorbringende, sondern etwas schon Seiendes darstellende Handeln, das Spiel, das Feiern,

die Muße, das Nichtstun. Ob man – mit Aristoteles – auch das Erkennen und Denken als Gegenbegriff zur Arbeit begreifen muß, sei jetzt dahingestellt, mag aber daran erinnern, daß Arbeit nur einen Teilbereich der menschlichen Tätigkeiten ausmacht.

In der biblischen Überlieferung wird Arbeit unter zwei sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten thematisch: unter dem Gesichtspunkt der Schöpfungsgemäßheit und unter dem Gesichtspunkt der selbstverschuldeten Mühsal der Arbeit.

1. Arbeitend entspricht der Mensch dem Willen seines Schöpfers, dessen schöpferisches Wirken seinerseits (nach Gen 1,1-2,4a) im Modell einer Arbeitswoche vorgestellt wird: einer Arbeitswoche, die allerdings die schöpferische Tätigkeit auf einen sie begrenzenden Ruhetag hin ausrichtet: »Und Gott segnete den siebenten Tag und heiligte ihn; denn an ihm ruhte er von all seinem Werk« (Gen 2,3). Arbeit und Zeit werden hier in einer bemerkenswerten Weise zueinander in ein Verhältnis gesetzt: in ein Verhältnis, das es dem Menschen verwehrt, seine ganze Zeit nur eben als Arbeitszeit zu verbrauchen. Der Mensch soll, er muß sich auch ausruhen von der anstrengenden Arbeit. Und in dieser »Ruhezeit« ist etwas anderes an der Zeit. Deshalb unterbricht der – an den Schöpfungsfrieden erinnernde – Sabbat, deshalb unterbricht der – auf das ewige Leben verweisende – Sonntag die Arbeitswoche. Aber Sabbat und Sonntag diskreditieren die Arbeit nicht.

1.1 Die durch die heilsame Unterbrechung des Sabbat begrenzte menschliche Arbeit ist eine schöpferische Tätigkeit. Sie gehört zwar nicht zur Gottebenbildlichkeit des Menschen, ist aber eine Folge derselben, insofern sie den Menschen zum dominium terrae bestimmt: »Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und machet sie Euch untertan und herrschet ...« (Gen 1,28).

1.2 Die Begrenzung der menschlichen Arbeit durch den Sabbat soll dem Menschen zugute kommen, aber zugleich das dominium terrae vor Mißbrauch und vor der Entstellung zum imperium terrae bewahren. Im dominium terrae herrscht der Mensch rücksichtsvoll,

nämlich so, daß er zugleich das Herrschen beherrscht. Im imperium terrae hingegen herrscht der Mensch über die Erde, ohne sein eigenes Herrschen zu beherrschen: er herrscht rücksichtslos.

1.3 Arbeit ist in biblischer Perspektive ursprünglich so etwas wie Dienst an der Schöpfung und als solche dem Menschen geboten (Gen 2,5.15; Ex 20,9; Dtn 5,13). Der homo faber ist nicht imperator, sondern dominus terrae und als solcher naturae minister et interpres (so – in hippokratischer Tradition – noch Francis Bacon, *Novum Organum* I, 1). Ziel dieser als Dienst an der Schöpfung begriffenen menschlichen Arbeit sind der Erwerb des Lebensunterhaltes (Existenzsicherung) und die Gestaltung des irdischen Lebens (Kultur und Fortschritt). Über die eigene Existenzsicherung hinaus dient Arbeit zugleich dem »gemeinen Nutzen« und setzt in die Lage, vom Arbeitsgewinn abzugeben (vgl. Eph 4,28).

1.4 Diese positive Bewertung der Arbeit wird durch zwei Gesichtspunkte verdeutlicht. Sowohl die paradiesische Existenz des Menschen בְּרֵאשִׁית (Gen 1,26.28; 2,15) als auch die Existenz der Gotteskommendes Reich verkündigenden Jünger und Apostel (vgl. Mt 9,37f.; 10,10; Lk 10,2.7; 1Thess 2,9; 5,12f.; Röm 16,12; 1Kor 15,58; 2Kor 10,15) ist nach biblischem Urteil die Existenz eines arbeitenden Menschen. Körperliche Arbeit wird gegenüber geistiger Arbeit nicht denunziert. Für das Judentum ist die Hochschätzung der Verbindung des Torastudiums mit – vorwiegend handwerklicher – Arbeit kennzeichnend. Der Apostel Paulus verdient sich als Zeltsattler seinen Lebensunterhalt (Acta 18,3). Sowohl die geistliche als auch die sie weltlich ermöglichende irdische Tätigkeit der Jünger und Apostel wird als harte Arbeit verstanden (vgl. 1Thess 2,9; 1Kor 4,12; 15,58).

1.5 Doch – und das ist entscheidend – bei aller Hochschätzung der menschlichen Arbeit kommt diese niemals als eine das Menschsein des Menschen konstituierende Größe in Betracht. Als eine das Sein des Menschen vor Gott und seine Anerkennung durch Gott konstituierende Größe wird wie jede Leistung so auch alle Arbeit dezidiert verneint (Röm 3,28). – Soviel über die als schöpfungsgemäß beur-

teilte Arbeit! Doch das ganze menschliche Leben und so auch die Arbeit sehen sehr anders aus, wenn das Geschöpf sich mit dem Schöpfer verwechselt oder auch nur sein will wie Gott.

2. Mit der selbstverschuldeten Verfehlung der religiösen Fundamentaldifferenz von Schöpfer und Geschöpf (vgl. Gen 3; Röm 1,18-3,20) verliert – wie das menschliche Leben seine so auch – die menschliche Arbeit ihre Eindeutigkeit. In der Biblia Hebraica wird dementsprechend auch sprachlich unterschieden zwischen positiven bzw. neutralen Bezeichnungen der Arbeit: מְלָאכָה, עֵבֶדְתָּהּ (jiddisch: Maloche) und Bezeichnungen, die die Arbeit als Mühsal bzw. als Zwangsarbeit charakterisieren: עֵמָל, עֲצָבוֹן, מָס, סָבָל (vgl. Art. Arbeit, RGG, 4. Auflage Bd. 1, 679). Die Bewertung der Arbeit wird ambivalent: Sie kann als Gnade und als Strafe, als Lebenserfüllung und als Plage erfahren werden.

2.1 In der gefallenen Schöpfung wird die mit der menschlichen Arbeit verbundene Anstrengung zur Mühsal (vgl. Ps 90,10), der die Befristetheit der menschlichen Lebenszeit korrespondiert: »Mit Mühsal sollst Du Dich von ihm [dem Erdboden] nähren Dein Leben lang ... Im Schweiß Deines Angesichtes sollst Du Dein Brot essen, bis Du wieder zur Erde zurückkehrst, von der Du genommen bist« (Gen 3,17-19).

2.1.1 Die Folge davon ist die Pervertierung des dominium terrae zum imperium terrae und des minister et interpres naturae zum »maître ... et possesseur ... de la nature« (R. Descartes, Discours de la Méthode, P. VI, 2, 1960, 100).

2.1.2 Es gibt nun die gewaltsam erzwungene ununterbrochene Arbeit des Sklaven (vgl. Ex 1,8-14).

2.2 Die Befreiung Israels aus dem »Arbeitshaus« (Ex 20,2; Dtn 5,6) Ägypten durch Gott führt in Israel zu scharfer Kritik an jeder Fronarbeit (1Sam 8,11-18; Jer 22,13-19) und zur Einschärfung des jedem Menschen – auch dem Sklaven, ja auch der Tierwelt! – geltenden Sabbatgebotes: »Sechs Tage sollst Du arbeiten und all Dein Werk tun; aber der siebente Tag ist ein Ruhetag, dem Herrn, Deinem Gott,

geweiht; da sollst Du keine Arbeit tun, weder Du noch Dein Sohn noch Deine Tochter noch Dein Sklave noch Deine Sklavin noch Dein Rind noch Dein Esel noch all Dein Vieh noch der Fremdling, der innerhalb Deiner Tore ist, auf daß Dein Sklave und Deine Sklavin ruhen wie Du; und sei dessen eingedenk, daß Du selber Sklave gewesen bist im Lande Ägypten und daß der Herr, Dein Gott, Dich von dort herausgeführt hat mit starker Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat Dir der Herr, Dein Gott, geboten, den Ruhetag zu halten« (Dtn 5,13-15).

2.2.1 Der Arbeiter droht nun um seinen Lohn gebracht zu werden – ein von den Propheten, aber nicht nur von ihnen scharf kritisierte Sachverhalt (vgl. Jer 22,13).

2.2.2 Die Produkte der eigenen Arbeit drohen nun zum Gegenstand quasireligiöser Verehrung (Götzendienst) zu werden (vgl. Jes 44,9 ff.; 46,6f.) – ein von Karl Marx scharfsinnig analysierter Sachverhalt!

2.2.3 Die Arbeit droht nun, statt dem Erwerb des Lebensunterhaltes und der Gestaltung des irdischen Lebens zu dienen, zum Medium menschlicher Selbstverwirklichung zu werden: Das menschliche Ich wähnt, sich durch Arbeit diejenige Anerkennung verschaffen zu sollen, die (nach G.W.F. Hegel) das Personsein des Menschen konstituiert.

3. Das den Menschen vor Gott definitiv anerkennende Evangelium von der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnade und allein durch Glauben befreit das menschliche Ich von dem selbstverschuldeten Zwang, sich durch die eigenen Leistungen diejenige Anerkennung verschaffen zu müssen, die sein Personsein konstituiert. Das Evangelium setzt mich zu meiner eigenen Arbeit in das Verhältnis der Freiheit: *opus non facit personam, sed persona facit opus* (M. Luther, Zirkulardisputation de veste nuptiali. 15. Juni 1537, WA 39/I, 283,9).

3.1 In dem Maße, in dem reformatorische Theologie die das Personsein konstituierende Funktion von Arbeit bestreitet, wertet sie die

Arbeit als einen Akt vernünftigen Gottesdiensts im Alltag der Welt (vgl. Röm 12,1) auf. Die These vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen führt zur Hochschätzung des weltlichen Berufes und der zu ihm gehörenden Arbeit (vgl. WA 6, 234f.). Doch die Hochschätzung der weltlichen Arbeit lebt von der Einsicht, daß jegliche Arbeit von Zuständen kreativer Passivität unterbrochen werden muß, in denen wir aus Wirkenden und Habenden wieder zu Seienden werden.

3.2 Es entspricht theologischer Beurteilung der Arbeit, daß die Notwendigkeit, arbeiten zu müssen, die Freiheit impliziert, über die Gestalt der Arbeit situationsgerecht entscheiden zu können. Solche Freiheit impliziert allerdings auch Gefahren.

3.3 Die Forderung, daß aus »einem sozusagen noch eher naturwüchsigen Leben (z.B. mit starren Formen von Arbeit und Freizeit) ... immer mehr eine systematische Organisation ... des gesamten Lebenszusammenhangs werden« müsse (vgl. Günther Voß, *Der Arbeitskraftunternehmer, Ein neuer Typ von Arbeitskraft und seine sozialen Folgen*, in: *Wirtschaftsopfer oder Marktopfer?* Hg. H. Reichold u.a., 15-31), droht den Menschen zu einem »Mann ohne Eigenschaften« zu machen, der – wie bereits in der *Oratio De Dignitate Homini* des Pico della Mirandola (1486) vorgesehen – durch nichts vorherbestimmt ist als allein durch die mit der eigenen Arbeitskraft gegebene unbegrenzte Möglichkeit, sich selber zu bestimmen. Ein derart verstandener Mensch wäre die Karikatur des – seinerseits keineswegs eigenschaftslosen – Gottes und die Anmaßung einer – auch im Blick auf Gott zu Unrecht postulierten – *potentia absoluta*.

3.4 Die Freiheit vom Zwang, sich durch Arbeit selber verwirklichen und das eigene Sein selber verantworten zu müssen, feiert der Jude in der alttestamentlichen Tradition am Sabbat, der Christ in der neutestamentlichen Tradition am – der Auferstehung Jesu gedenkenden – Sonntag.

3.5 In der totalen Bestimmung menschlichen Lebens durch Arbeit lauert die Gefahr, daß der zur Leistung noch nicht oder nicht mehr fähige Mensch als nutzloses Wesen gesellschaftlich marginalisiert

wird. Doch gerade der Mensch, der für sich selbst und für andere noch nichts oder nichts mehr zu tun vermag, gerade das Kind und der alte Mensch, repräsentiert die unantastbare Würde der menschlichen Person (vgl. R. Spaemann, Personen. Versuche über den Unterschied zwischen ›etwas‹ und ›jemand‹, 1966, 261).

3.6 Die Arbeitslosigkeit des arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen ist dann zwar ein gesellschaftspolitischer Skandal; doch sie kann die Würde der menschlichen Person nicht in Frage stellen.

4. Arbeit macht müde. Beten baut auf. Deshalb: ora et labora, labora et ora!

Vielen Dank, Herr Jüngel. Ich bin überzeugt, daß alle hier Ihnen sehr dankbar sind für Ihre Analyse des biblischen Verhältnisses von Beschäftigung und Menschsein, von der Pflicht des Menschen, zu arbeiten und von der Arbeit zu ruhen, sowie von dem Recht, für die Arbeit einen gerechten Lohn zu erhalten.

Wenden wir uns nun dem Thema Beschäftigung und ihren strukturellen Veränderungen zu. Ich gebe Ralf Dahrendorf das Wort.

III. Beschäftigung im Wandel

LORD DAHRENDORF

Vielen Dank, Herr Ordenskanzler. Wir haben in Wien eine, wie ich meine, zunehmend interessante Debatte begonnen über soziale Veränderungen in der Arbeitswelt und die Folgen. Jedenfalls war das das Thema meiner kurzen Einführungsbemerkung in Wien, wobei ich angeknüpft habe an Hannah Arendts schwierige Frage »Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus«? Ich möchte das nicht alles noch einmal aufnehmen, aber doch als Hintergrund stehen lassen. Die Vorstellung, daß nach einer langen Zeit der Geschichte, in der

für die meisten Arbeit und Leben ein und dasselbe war, jedenfalls unmittelbar miteinander verbunden, nun eine andere Zeit gekommen ist, in der Arbeit getrennt wurde vom häuslichen Leben und sich oft kristallisierte in Berufen. Seitdem gibt es ein doppeltes Leben, das Leben im Beruf, in der Arbeitstätigkeit, oft auch in einer Umwelt, die entfernt war von der häuslichen Umwelt, und die Zeit zu Hause oder in der Freizeit oder was immer. Es spricht vieles für die Beobachtung, daß wir jetzt in eine Zeit geraten, in der weder das erste noch das zweite ganz stimmt und wo wir noch nicht ganz wissen, wie eigentlich Arbeit und Leben miteinander verbunden werden. Insbesondere wissen wir nicht, was aus der Arbeitsgesellschaft wird, also einer Gesellschaft, in der so vieles abhängt von der Berufstätigkeit. In aktuellen Begriffen formuliert, ist die Frage, wo wir hinkommen, wenn uns die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ausgehen. Darum scheint es ja im Kern zu gehen bei der Diskussion, die wir hier führen.

Meine eher philosophischen Überlegungen sind dann auf Kritik gestoßen, und zwar vor allem bei Herbert Giersch, der mit Recht argumentiert hat, daß bei einer solchen Betrachtung den ökonomischen Konstanten der Arbeitswelt zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, insbesondere der Frage des Arbeitslohns. Und dann ist etwas passiert in dieser Diskussion, Herr Ordenskanzler, womit wir jetzt fertig werden müssen, nämlich: Wir haben uns dann eher konzentriert auf die Frage »Was tun gegen die Arbeitslosigkeit?« als auf die Frage »Wie ist eigentlich die Arbeitswelt selbst?«, »Wie hat die Arbeitslosigkeit selbst sich verändert?«. Das führt mich für die wenigen Minuten, die ich jetzt habe, in eine gewisse Schwierigkeit, denn ich möchte das Thema der Arbeitslosigkeit schon aufnehmen, obwohl mich im Kern mindestens ebenso sehr das interessiert, was Herr Jüngel gesagt hat und was Herr von Pilgrim und Herr Casper jetzt hier wahrscheinlich sagen werden. Wir haben drei Papiere. Herbert Gierschs Papier »Warten auf Wachstum« schlägt, wenn ich es sehr vereinfache, vor, daß ein Bündel von Maßnahmen gesucht wird, die das Äquivalent einer Abwertung der Währung darstellen, um auf

diese Weise die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die durch Wachstum dann auch den Arbeitsmarkt beleben und damit jedenfalls das spezifische Problem der Arbeitslosigkeit abmildern, wenn nicht lösen. Dazu wird er sicher selber sprechen. Wir haben dann Bob Solows Papier. Was Solow im Grunde genommen sagt, ist: Die Methode der Senkung der Arbeitslöhne und die dadurch bewirkte Kräftigung des Arbeitsmarkts hat nur begrenzte Wirkung, und man darf nicht übersehen, daß es tiefgreifende Veränderungen in der Welt der Arbeit gibt, auch wenn für Bob Solow Arbeit nach wie vor der Kern des Selbstverständnisses von Menschen und ihrer gesellschaftlichen Position ist. Und wir haben mein Papier.

Ich möchte diese Frage aufnehmen und ein paar Bemerkungen zu dem Thema machen, was man tun kann, um Arbeitslosigkeit zu verringern oder zu beseitigen. Meine eigene Meinung ist, daß der Giersch-Vorschlag in der theoretischen Diskussion völlig plausibel ist, aber wenn Herr Giersch die Chance hätte, ihn zu realisieren, könnte es ihm passieren, daß das den Kirchhoff-Effekt hat, das heißt also, daß ein an sich höchst plausibler Vorschlag, für den sehr viel spricht, schon in den ersten Schritten der Umsetzung daran scheitert, daß er auf zu viele Interessen stößt. Dem widerstehen vielleicht auch so viele nicht kontrollierbare gesellschaftliche und politische Entwicklungen, daß am Ende von dieser brillanten Idee eines Äquivalents einer Abwertung nicht sehr viel übrigbleibt. Das mag man bedauern – ich persönlich bedaure es z.B. im Fall von Herrn Kirchhoffs Vorschlägen zur Steuerreform –, aber es ist eine Tatsache, die man einkalkulieren muß. Und was die Arbeit betrifft, so würde ich sagen, auch wenn man Schritte in die Richtung einer Belebung des Arbeitsmarkts durch Senkung der Lohneinkommen tut, bleiben einige zentrale Fragen, die dann auch Anknüpfungspunkte sind für die weiterführende Diskussion. Es ist schon eine merkwürdige Geschichte, daß wir heute in vielen Ländern der Welt das erleben, was man im Englischen »jobless growth« nennt, das heißt also, es gibt Wachstum, durch das eben keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Und es ist durchaus denkbar, daß man Wachstum stimuliert, aber mit

ebensoviel Arbeitslosigkeit endet, wie man sie vorher hatte. Jedenfalls scheint es einigermaßen deutlich zu sein, daß ein direkter Zusammenhang zwischen dem im Bruttosozialprodukt gemessenen Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen jedenfalls so nicht mehr besteht, wie er über viele Jahrzehnte angenommen werden konnte. Ich habe dann die Unterscheidung von Adair Turner aufgebracht, die ich für sehr wichtig halte, nämlich, daß es eine gewisse Spaltung auf dem Arbeitsmarkt gibt zwischen Stellen, Berufen, Tätigkeiten, die ein hohes Maß an Ausbildung und Kenntnis, auch Erfahrung voraussetzen, und anderen, die eher einfacher Natur sind und die wir doch dringend brauchen, bei denen in der Tat der Bedarf eher wächst. Dazu zählen z.B. viele Aspekte von Pflegeberufen, die ja ein wichtiger Teil der Problematik einer Gesellschaft sind, in der die Anzahl der Älteren zunimmt. Aber das ist nur ein Beispiel. Ich glaube, daß die Unterscheidung zwischen high-tech-Berufen und high-touch-Berufen darum wichtig und nötig ist, weil sie uns sagt, daß die Erhöhung des Ausbildungsstandes allein uns nicht hinführen wird zu einer Art von Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Bedürfnisse von Menschen – unsere Bedürfnisse – hinlänglich befriedigt werden. Das führt sofort zu den schwierigen Fragen der Einwanderung, der Ergänzung sozusagen des Arbeitsmarkts durch diejenigen, die nicht aus dem eigenen Lande kommen, und hat viele Konsequenzen, die nicht so einfach bewältigt werden durch mehr Wachstum. Ich habe dann darauf hingewiesen – und hier sind für mich die Untersuchungen von Meinhard Miegel immer besonders interessant gewesen –, daß eben die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gerade nicht in dem Maße zunehmen, in dem man sich das vielleicht erhofft hat. Miegel spricht in den Untersuchungen, die er für die Bayerische und die Sächsische Staatsregierung vor einigen Jahren gemacht hat, von »Normalarbeitsplätzen«. Die Zahl der Normalarbeitsplätze nimmt ab. Nicht dramatisch, aber kontinuierlich, und doch in einem Maße, das dazu führt, daß eine sehr große Zahl von Menschen Arbeit findet in einer Form, die nicht der traditionellen Vorstellung von der Stelle, geschweige denn vom Beruf entspricht. Damit entstehen in der Arbeitswelt Verwerfungen, die vielerlei Fol-

gen haben. Der Begriff »sozialversicherungspflichtig« zeigt nur eine der Folgen, denn das sind dann sehr oft Arbeiten, die nicht benutzt werden können zur Finanzierung der allgemeinen Bedürfnisse der Gesellschaft, also zur Finanzierung der sozialpolitischen Versprechungen, die Teil unserer Welt sind. Man könnte manches noch hinzufügen.

Für mich ist eine der wirklich faszinierenden und gerade im deutschen Kontext dramatischen Veränderungen der letzten Jahre das Verschwinden des Großunternehmens als Heimat. Das heißt also die Tatsache, daß viele der großen Unternehmen in der Welt, in der wir heute leben, zwar noch unter dem Namen des Unternehmens ihre Produkte verkaufen, aber zu 50, 60, 70, 80 % werden diese Produkte gar nicht mehr von diesem Unternehmen hergestellt, sondern sie werden durch verschiedene Formen des Outsourcing von kleineren Unternehmen an vielen Orten der Welt hergestellt. Diese kleineren Unternehmen sind oft sehr rasch austauschbar. Dazu gehört auch die Tatsache, daß das Großunternehmen von seinem kleinen Lieferanten in Tschechien wechselt zu einem Lieferanten in China, wenn es in Tschechien zu teuer wird. Dieses Verschwinden bzw. das Zurücktreten des Unternehmens als Lebenskontext der Mitarbeiter ist für mich eine der wichtigsten Veränderungen in unserer Arbeitswelt. Das Unternehmen, das auch noch für die Familie und für die Ferien und für Notfälle und für dies und jenes sorgt, das einem außerdem einen Jahreswagen gibt, verschwindet. Dadurch wird wieder ein Stück in diesem Fall durch Arbeit vermittelter Bindung gesellschaftlicher Art aufgelöst, und es entsteht eine sehr viel unsicherere Situation.

Meine These ist, daß der an sich plausible ökonomische Ansatz sich stoßen wird an sozialen Entwicklungen wie den hier angedeuteten. Daher wird auf jeden Fall, wenn man den Arbeitsmarkt beleben oder die Arbeitslosigkeit verringern will, eine ganz neue Mischung von Entscheidungen nötig sein. Das ist eine komplizierte Mischung von Maßnahmen, komplizierter in Kontinentaleuropa als vielleicht im angelsächsischen Kontext der Wirtschaftskultur. Ja, Flexibilität im Arbeitsmarkt wird nötig sein. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle in

den ersten zwei, drei Tagen ist sicher keine geniale Maßnahme, wenn man den Arbeitsmarkt beleben will, um es vorsichtig auszudrücken. Und auch beim Kündigungsschutz ist, wie jeder weiß, der mit mittelständischen Unternehmern spricht, manche Veränderung nötig.

Es gibt aber auch andersartige Veränderungen. Bob Solow erwähnt sie. Niedrige Einkommen erträglich machen, lautet das allgemeine Ziel. Dazu gehört u.a. das nach meiner Meinung nicht uninteressante Programm der sogenannten »tax credits«. Das ist fast eine negative Einkommensteuer, wonach also diejenigen, die ein besonders niedriges Einkommen haben, vom Fiskus einen Zusatz zu ihrem Einkommen kriegen, um sie auf ein Minimal-Niveau zu heben. In Andeutungen ist das ja in Großbritannien inzwischen Politik.

Dann aber – ich erwähne das nur, um die Komplexität der Aufgabe zu schildern, vor der wir da stehen – ist wahrscheinlich doch ein Maß an staatlichen Eingriffen einschließlich von finanzierten Eingriffen nötig, wenn man ernsthaft darangehen will, die Arbeitslosigkeit stark zu reduzieren. Ich sage das mit großem Zögern. Ich gehöre zu denen, die vielfach und immer wieder gesagt haben: Schließlich schafft der Staat keine Jobs, sondern er kann nur andere ermuntern, sie zu schaffen. Ich bin da heute nicht mehr so sicher. Neulich hat mir ein britischer Ökonom vorgerechnet, daß von 800.000 neu geschaffenen Jobs in Blairs Großbritannien 500.000 direkt oder indirekt auf staatliche Finanzierung zurückgehen. Wenn ich sage, »direkt oder indirekt«, dann schließe ich z.B. die Tatsache ein, daß ein staatliches Programm des Krankenhausbaus natürlich Folgen für die Bauindustrie und für andere hat und daß auch Formen der Privatisierung – also beispielsweise, wenn die Mahlzeiten in Schulen nicht mehr von den Schulen selber zubereitet werden, sondern von einer Firma, die man damit beauftragt, das zu tun – eine verkappte staatliche Förderung darstellen, denn die Schulen bleiben staatliche Schulen. Die Finanzierung ist staatlich, auch wenn die Beschäftigten in privaten Anstellungsverhältnissen sind. Auch diese Art von Maßnahmen ist nötig, wenn man ernsthaft darangehen will, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das alles aber ändert nichts daran, daß all solchen praktischen Prozessen eine Veränderung in der Einstellung zur Arbeit mit noch ungewissem Ausgang zugrunde liegt. Das war mein Ausgangspunkt, und ich bin ganz froh, daß die Zusammensetzung des Podiums hier uns in die Lage versetzen wird, auch darüber ein bißchen weiter zu reflektieren.

Vielen Dank, Lord Dahrendorf. Wenn ein Liberaler wie Sie von der Notwendigkeit staatlicher Finanzierung von Arbeit spricht, wird ein liberaler Ökonom natürlich etwas unruhig. Er denkt sofort an Lohnzuschüsse, Kombilohn, Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt und an die kontraproduktiven Signalwirkungen, die solche Formen des Eingriffs in den Arbeitsmarkt und in den Prozeß der Aushandlung von Tariflöhnen haben. Wenn ich recht verstanden habe, lautet Ihre zentrale These: Traditionelle ökonomische Ansätze zur Klärung der Ursache von Arbeitslosigkeit versagen angesichts der langfristigen strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt.

Lieber Herr Giersch, Sie haben die langfristigen strukturellen Aspekte der Arbeitsmarktpolitik in Ihre Forderung nach angebotsorientierter Wirtschaftspolitik in die Diskussion unter den Ökonomen eingebracht und sie als Mitglied des Sachverständigenrates in der Wirtschaftspolitik durchgesetzt. Sind alle Ökonomen letztlich Kirchhoffs, wie Lord Dahrendorf befürchtet?

IV. Die Rolle der Löhne

HERBERT GIERSCH

»Definitionen sind wichtig«, schreibt Robert Solow, und ich stimme ihm zu. Wir müssen wissen, was soll denn eigentlich wachsen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wir meinen ja mit Wachstum nicht eine kurzfristige Prosperität. Wir meinen Prosperität und Wachstum als Wachstum eines Objekts, nämlich des Sozialprodukts – des Bruttosozialprodukts – im Verlauf. Es ist die langfristige Entwick-

lung, die uns interessiert, wenn wir von Wachstum sprechen. Sonst ist es besser, man redet von Zuwächsen von einem Jahr zum anderen, aber die öffentliche Diskussion macht diese Unterscheidung nicht. Wachstum ist also ein langwieriger Prozeß. Wir sind gehalten, ihn anzuregen, soweit es geht, und wir bekommen die Quittung für scheiternde Versuche geliefert, dem Wachstum den richtigen Platz in der Gesellschaft zuzuordnen.

Wenn ich von Wachstum rede, so meine ich eigentlich immer das Wachstum des Angebots. Konjunktur ist, wenn von ihr die Rede ist, in meinem Verständnis meistens nur Nachfrage, so daß Konjunkturschwankungen Schwankungen der Nachfrage im Verhältnis zu dem wachsenden Produktionspotential sind. Bei Schwankungen nimmt die Kapazitätsauslastung des Produktionspotentials zu. Wann nimmt sie ab? Diese Schwankungen sind periodischer Art, wir werden sie nicht los. Sie sind Formen von Instabilität. Bei Bob Solow, das sollte ich jetzt doch erwähnen – kommt eine Kritik an deutschen Vorstellungen, meiner eingeschlossen, zum Ausdruck. Es ist eine Kritik an der deutschen Definition des Produktionspotentials. Solow sagt an einer Stelle seines Beitrags: Fragen wir doch einmal einen Unternehmer, ob er zusätzliche Lieferungen ins Ausland vornehmen kann. Er wird sagen, wir sind froh darüber, daß wir diesen Auftrag bekommen haben. Das heißt, wir sprechen über Reservekapazitäten. Bob Solow bringt in seinem Beitrag zum Ausdruck, daß wir offensichtlich die Reservekapazitäten zu gering einschätzen. Wenn denn die Wirtschaft abliefe, wie Adam Smith es beschrieben hat, dann hätte er recht, aber er läßt nicht ganz klar werden, was der falsche Ansatz ist. Meine Interpretation dessen, was er schreibt, ist zunächst grundsätzlicher und dann spezieller Natur.

Grundsätzlich gilt: In der modernen Industrie gibt es immer zusätzliche Möglichkeiten, zu produzieren. Da ist die Elastizität schon aufgrund der Auftragslage, wie wir sie heute haben, so, daß wir zusätzliche Aufträge leicht unterbringen können. Das Produktionspotential also wäre dehnbar. Die Deutschen und die anderen wie die Zentralbankfachleute sind offensichtlich nicht bereit, in dieser Hinsicht weit genug zu gehen mit der Einschätzung des Produktionspoten-

tials. Ich kann das nicht bestreiten. Aber ich erinnere an die wirtschaftspolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland über den Spruch: »Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit«. Die Annahme, mit Inflation könne man Wachstumshemmnisse beseitigen, ist fehlgeleitet. Sie führt in die falsche Richtung. Man muß natürlich versuchen, die Elastizität von Angebot und Nachfrage – insbesondere des Angebots – zu entwickeln und zu fördern. Dazu ist in der Rezession genausoviel Zeit wie in der Hochkonjunktur. Man muß Bob Solow folgendes antworten: Wenn eine Reservekapazität bereitsteht oder bereitstehen sollte, dann verschwindet ihr Charakter als Reservekapazität, wenn man sie nutzt. Wenn ich die Reservekapazität einbaue in mein normales Angebotsverhalten als Unternehmer – und ich unterstelle das –, dann kann ich nicht mehr argumentieren, daß dieses Produktionspotential besonders elastisch sei, weil Überkapazitäten vorhanden sind. Sie sind ja gerade in Anspruch genommen worden! Offenbar lautet Solows Kritik: die Deutschen trauen sich zu wenig zu, das Produktionspotential ist größer, als sie meinen. Wenn wir auf der Seite der Nachfrage expandieren, dann wird sich schon zeigen, wie groß die Elastizität ist. Das ist ja auch das deutsche innenpolitische Problem der Nachfragepolitik, die von sozialdemokratischer Seite propagiert wird. Auf gewerkschaftlicher Seite sagen natürlich diejenigen, die über Löhne zu verhandeln haben und in der Lohnpolitik involviert sind: Es wäre schön, wenn es mehr Nachfrage gäbe. Dann könnten wir die Löhne erhöhen, dann hätten wir größere Aktionsmöglichkeiten. Und wenn es der leichte Weg aus den Strukturveränderungen, die stattgefunden haben und die eigentlich zu bewältigen sind, wäre, um so besser. In der Tat: Ich wäre da auch optimistisch und würde sagen: Probieren wir es. Wir müssen aber rechtzeitig bremsen, wenn die Kapazitätsauslastung nicht mehr dehnbar ist, wenn also Kapazitätsengpässe auftreten. Ich habe, wie Lord Dahrendorf angedeutet hat, zu diesem Ärgernis der Arbeitslosigkeit – fünf Millionen sind es angeblich in Deutschland – einen Lösungsvorschlag gemacht. Ich finde, wenn wir eine Möglichkeit hätten, von den fünf Millionen Arbeitslosen herunterzukommen, etwa auf zwei Millionen oder sogar zu einer

Million, dann hätten wir eine größere Schlacht gewonnen. Uns ärgern ja die nicht freiwilligen Arbeitslosen, also diejenigen, die gerne arbeiten möchten, aber keine Stelle finden, auch darüber ist dann zu diskutieren. Was heißt »keine Stelle«? Muß denn alles fertig sein, damit die komplementäre Arbeit eingesetzt werden kann? oder baut derjenige, der arbeits- oder erwerbslos ist, selbst diese Stelle aus, indem er sich als Unternehmer betätigt und damit sein eigener Arbeitgeber wäre und nicht ein Arbeitnehmer.

Als Ökonom denkt man immer zuerst an die Lösung des Problems durch Preise. In der Tat, das sind die einzigen Signale, auf die wir vertrauen können. Den Preismechanismus dürfen wir nicht außer Betracht lassen. Es ist geradezu die Art der Diskussion in Deutschland ein Kennzeichen dafür, daß die Löhne von eminenter Wichtigkeit sind. Nach meinem Gefühl würden 10 % reale Senkung der Arbeitskosten uns substantiell helfen. Die Lösung bestünde darin, zu sagen: Laßt uns in Ruhe und Frieden an der Lohnfront für fünf Jahre warten oder für eine bestimmte Aufgabe der Senkung der Arbeitslosigkeit, z.B. um eine Million oder zwei Millionen, die Nominallöhne festhalten.

Jobless growth – das ist ein Stichwort, das ich gerne aufgreife. Es wird das Wachstum immer arbeitsfeindlicher, wenn die Löhne immer weiter künstlich hinaufgetrieben werden. Dann ist der Produktionsfaktor Arbeit teuer, und wenn er zu teuer ist, spart man ihn ein, und wenn man ihn einspart und die Technik so entwickelt, daß möglichst wenig Arbeit gebraucht wird, dann hat man ein Wirtschaftswachstum, das eben wenig Arbeit absorbiert, das »jobless« ist. Jobless growth ist abhängig davon, ob die Löhne in ihrem Bezug auf das Gleichgewicht verzerrt sind, und zwar auch in ihrer Struktur. In der Struktur sind Löhne deswegen verzerrt, weil eine Neigung besteht, die unteren Tätigkeiten niedriger zu bewerten, weil – und das stößt auf Widerstand – man nur dann arbeiten kann und will, wenn man einen bestimmten Mindestlohn bekommt oder erwirtschaftet. Dieser Mindestlohn soll ja auch eingeführt werden, so möchten es auch politische Kreise, damit Tarifverhandlungen, soweit sie in Richtung auf höhere Reallöhne gehen, leichter und erfolgreicher

von denjenigen geführt werden können, die für die Lohnerhöhungen sind.

Ich will damit nur sagen: Wenn wir die richtigen Signale finden, wenn die Signale nicht verfälscht sind, dann können wir es schaffen, in einer Reihe von Jahren – zehn Jahre ist eine optimistische Vorhersage – das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit fundamental zu lösen. Der deutsche Arbeitsmarkt weist Züge der Sklerose auf und muß elastischer und damit funktionsfähiger gemacht werden. Wenn wir uns darüber einig sind und wenn darüber noch der Mut vorhanden ist, durch Wachstum wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, dann sollten wir nicht zögern, in der öffentlichen Diskussion dafür zu wirken. Die Marktwirtschaft lebt auch davon, daß man sie versteht, daß man sie bejaht, weil sie besser ist als ihre Alternativen. Aber man muß auch den Tribut zahlen, daß man dem Diktat des Marktes folgt und die Anzeichen, die die Signale setzen, nicht ignoriert.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein paar Worte zu dem Beitrag von Robert Solow sagen. Es ist schade, daß er heute nicht bei uns sein kann. Robert Solow unterscheidet zwischen klassischer und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und argumentiert, daß die zweite Kategorie, die ich nachfragebedingt nennen möchte (auch: »keynesianisch«) in Deutschland größer ist, als ich schätze und als Bundesbank, Sachverständigenrat und andere deutsche Stellen anzunehmen geneigt sind. Die öffentliche Nachfrage sei per se nichts Abwegiges. Im Gegenteil: Infrastrukturinvestitionen oder die Bereitstellung von höherer Bildung beispielsweise substituierten nicht die Privatwirtschaft. Kapazitätsüberhänge gebe es, so Solow, in der Wirtschaft immer, weil wir nicht in der Welt von Adam Smith leben. Hier erkennt man eine Parallele zum Begriff der »Eurosklerose«, der sich mir vor zwanzig Jahren aufdrängte. Damals wie heute sind Unteilbarkeiten und Starrheiten der Märkte zu diagnostizieren. »Insider« haben die Türen und Tore gegen »Outsider« verriegelt und verrammelt. Endlich aber geschieht etwas dagegen. Die Hartz-Reformen waren erste Schritte. Nun setzen wir bei den Ursachen an, also auf der Angebotsseite. Das bedeutet, auf das Konzept offener Märkte und des Wettbewerbs zu setzen.

Über die Spielräume auf der Nachfrageseite wird zu diskutieren sein, auch im Kontext der Lohnpolitik und einer »Konzertierten Aktion«. Die deutschen Gewerkschaften sind wahrscheinlich noch recht machtvoll und verantwortungsbewußt, verglichen mit den amerikanischen Gewerkschaften einerseits und den französischen andererseits. Man sollte dies für eine Beschäftigungsoffensive in Deutschland nutzen. Im speziellen interpretiere ich Bob Solows Beitrag als eine von meiner Auffassung abweichende Beurteilung der Elastizitäten auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite.

Vielen Dank, Herr Giersch. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Löhne in ihrer Struktur verzerrt sind, »weil eine Neigung besteht, die unteren Arbeiten niedriger zu bewerten«. Es ist Ihre Antwort auf die im Referat von Lord Dahrendorf aufgeworfene Frage, ob der Markt für High-touch-Arbeiten funktionsfähig ist. Er ist es nach Ihrer Ansicht nicht. Sie haben zur Vorsicht gemahnt vor staatlichen Finanzierungshilfen auf diesem Markt, sei es nun ein »tax credit«, ein staatlicher Lohnzuschuß, oder ein Mindestlohn mit anteiliger staatlicher Finanzierung.

Sie haben eine eigene Lösung vorgeschlagen, eine 10 %ige Abwertung, in welcher Form auch immer, und Sie sind dabei nicht auf die Frage eingegangen, ob diese Lösung für eine offene Wirtschaft bei festen oder flexiblen Wechselkursen gelten soll. Vielfach wird ja in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Sorge geäußert, daß eine solche Abwertung bei den Reallöhnen zu einer Reaktion bei den Wechselkursen führt, welche einen Teil der Arbeitsplätze wieder gefährdet. Aber wie das im einzelnen auch immer sei, Ihre These lautet: Die Preise und hier speziell die Löhne als Preis am Arbeitsmarkt entscheiden über Steigerung oder Senkung der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen uns nun dem Thema »Beschäftigung und Arbeit« in einem Kontext zuwenden, der einerseits sehr speziell als »e-commerce-hype« bezeichnet wird, andererseits aber seit den Tagen von Joseph Alois Schumpeter als die »Welt des Schumpeter-Unternehmers bzw. des Pionier-Unternehmers« bekannt ist. Herr Casper wird

uns in diese Welt der Schaffung von Beschäftigung durch Pionier-Unternehmer im Silicon Valley einführen.

VI. Beschäftigung im Silicon Valley

GERHARD CASPER

1. Ich mache Herrn Jüngel streitig, ein Saul unter den Propheten zu sein, er hat sich nämlich ganz eindeutig in die Reihe der Propheten eingereiht. Er ist von einem Saulus zum Paulus geworden, und der einzige Saulus, den es hier noch gibt, bin ich. Was ich jetzt vorzutragen habe, ist antithetisch fast zu allem anderen. Eine Dialektik wurde von unserem Kanzler heute morgen erzeugt, die nicht in einer Synthese irgendeiner Art enden wird. Ich bin hier nicht als Berufener, sondern als Gerufener vom Kanzler, der glaubte, ich sollte ein wenig darüber sprechen, was sich in Silicon Valley und in Kalifornien ereignet hat nach dem Abstieg der Wirtschaft um die Jahrtausendwende. Ich darf zunächst einmal sagen, wovon wir sprechen werden.

2. Silicon Valley ist natürlich kein geographischer Begriff. Silicon Valley heißt eigentlich Santa Clara Valley, benannt nach der heiligen Clara. Die Franziskaner haben Kalifornien missioniert und im Valley eine Mission eingerichtet, die nach ihr benannt wurde und in der sie verehrt wurde. Der Begriff ist sehr ungenau. Im Volksmund hieß diese Gegend, die wir jetzt Silicon Valley nennen, bis etwa zum Jahre 1970 »The Valley of Heavenly Delight«, das Tal des himmlischen Vergnügens: wegen seines angenehmen Klimas, wegen der Berge und der Obstbäume. Vor allem Aprikosen- und Mandelbäume wurden im Valley angepflanzt. Und dann hat 1973 nach der Gründung der »Garagenfirmen«, aus denen dann die großen Firmen der High-tech-Industrie hervorgingen, als das Valley sich völlig zu verändern begann, ein Journalist schon im Jahre 1973 den Begriff »Silicon Valley« erfunden. Ich glaube, meine Frau und ich finden immer noch, daß das Valley Aspekte des Heavenly Delight ausweist, aber davon nimmt niemand mehr Kenntnis in der Welt. Silicon Valley ist also etwa diese Gegend

(vgl. Abbildung 1). Es schließt San Francisco nicht ein. Mittelpunkt ist, obwohl es nicht genau im geographischen Mittelpunkt liegt, Stanford University. Aber wir müssen dabei berücksichtigen, daß Stanford bei weitem nicht die einzige wichtige und große Universität in diesem Gebiet ist. Auf der anderen Seite der Bucht finden wir die University of California in Berkeley, in San Francisco gibt es die University of California in San Francisco – beides ausgezeichnete Universitäten. In der näheren Umgebung gibt es noch die University of California Santa Cruz und eine Reihe anderer kleinerer Universitäten, z.B. die Santa Clara University.

Abb. 1: Silicon Valley



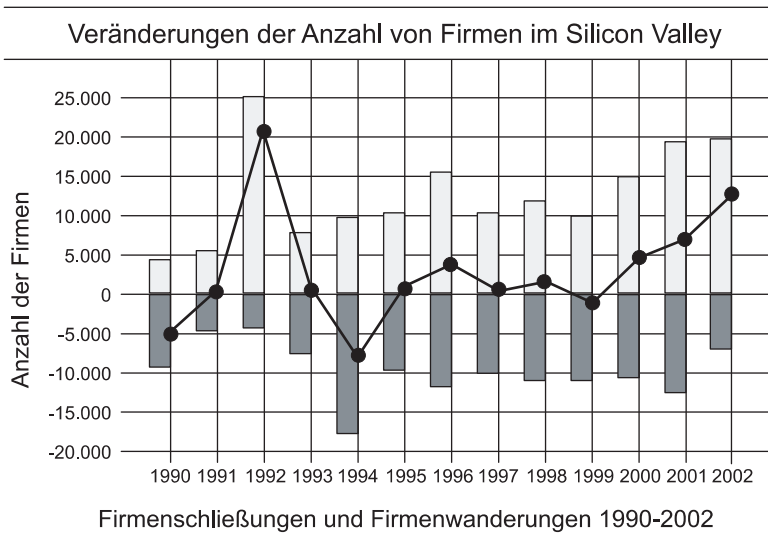
Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

3. Im Folgenden möchte ich Ihnen gerne einige Statistiken vorstellen und kommentieren, die uns zeigen, was sich in den letzten zwölf Jahren im Silicon Valley abgespielt hat.

3.1 Am wichtigsten für unsere Diskussion ist die Gründung von Unternehmen durch Absolventen der Hochschulen im Gebiet des Silicon Valley.

Jedes Jahr werden im Valley Tausende von neuen Unternehmen gegründet, Tausende müssen aber auch wieder schließen, weil sie die Wünsche des Marktes nicht treffen. Es kommt hinzu, daß Hunderte von Firmen ihren Sitz ins Valley verlegen, Hunderte aber auch aus dem Valley auswandern. Die jährlichen Bruttoeffekte sowie den Nettoeffekt dieser Bewegungen zeigt Abbildung 2.

Abb. 2: Brutto- und Netto-Effekte von Firmenwanderungen



Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Eine Explosion fand bei der Anzahl der Existenzgründungen im Jahre 1992 statt. In diesem Jahr wurden 20.000 Firmen gegründet. Zwei Jahre später wurden 17.000 Firmen geschlossen. Das bedeutet eine im internationalen Vergleich sehr hohe »Säuglingssterblichkeit« unter den 1992 gegründeten »Start-up-Firms«.

Wichtiger aber ist der langfristige Nettoeffekt der Firmengründungen im Silicon Valley. Nimmt man den Zeitraum von 1990 bis 1994, dann zeigt sich: 49.000 Firmen wurden gegründet, 42.000 geschlossen. Netto überlebten – mit aller Vorsicht gegenüber Gründungsstatistiken sei es gesagt – 7.000 Unternehmen. In den Jahren 1998 bis 2002 wurden 77.000 Firmen gegründet und 51.000 Firmen geschlossen. Übrig blieben 26.000 Firmen.

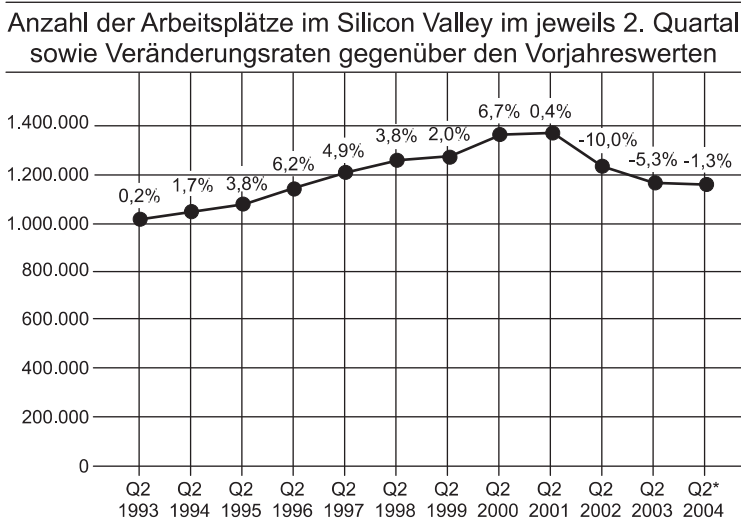
Im Ergebnis ist festzustellen: 162.000 vorwiegend junge Menschen gingen das Wagnis ein, eine Firma zu gründen. Sie wußten dabei um das hohe Risiko, das sie mit ihren Mitarbeitern auf sich nahmen. Wenn wir die 124.000 Firmenschließungen, die im gleichen Zeitraum durchgeführt werden mußten, zur Berechnung des Gründungsrisikos verwenden, dann betrug es in dieser Periode im Silicon Valley 77 %.

38.000 Unternehmer überlebten den »Kampf ums Überleben«. Wenn bei solchen Risiken eine Entscheidung zur Gründung rational sein soll, dann muß jeder Gründer erwartet haben, im Falle des Erfolgs das 4- bis 5fache eines vergleichbaren Angestellten zu verdienen. Wie immer dem auch sei: 38.000 Personen schufen innerhalb von 13 Jahren im Silicon Valley ihre eigene dauerhafte Beschäftigung.

3.2 Wir sehen uns nun die Statistiken an, die zeigen, welche Beschäftigungseffekte mit diesen Gründungen verbunden waren. Im Durchschnitt wurden die Firmen mit sieben Mitarbeitern gegründet. Auch die Mitarbeiter wußten, daß sie hochriskante Arbeitsplätze einnahmen. Sie mußten damit rechnen, mit 77 % Wahrscheinlichkeit ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Aber die Erwartung, daß die überlebenden Firmen nicht nur stark wachsen würden, sondern auch Löhne zahlen könnten, die weit über dem Niveau eines vergleichbaren Angestellten lagen, waren offenbar für die Mitarbeiter in den jungen Start-up-Firmen Anreiz genug, das Risiko einzugehen. Die Abbildung 3 zeigt optisch den Anstieg der Beschäftigung im Silicon Valley zwischen 1993 und 2004 von einer Million im 2. Quartal 1993 auf 1,4 Millionen im Jahre 2001. Seither sank sie stetig auf knapp unter 1,2 Millionen im 2. Quartal 2004. Da keine

Angaben über die Anzahl der Firmen insgesamt im Silicon Valley vorliegen, kann man nur feststellen, daß die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1993 und 2000 um jährlich 4,9 % wuchs und während des gesamten Zeitraums von 1993 bis 2004 um durchschnittlich 1,8 % jährlich anstieg. Einem Zuwachs an Beschäftigung um jährlich 4,9 % im ersten Abschnitt der Periode steht also ein Verlust von Arbeitsplätzen von jährlich 3,8 % im zweiten Abschnitt gegenüber.

Abb. 3: Beschäftigung im Silicon Valley



Quelle: California Employment Development Department

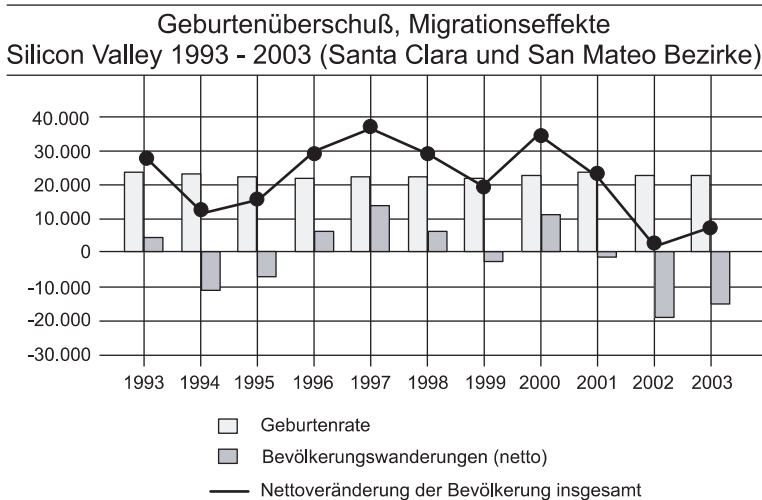
* Werte geschätzt auf Grundlage der Angaben des 1. und 2. Quartals 2004

3.3 Ich habe mir die Arbeitslosenzahlen für das Silicon Valley über die letzten Jahre hinweg angesehen. Sie sind sehr interessant. Im Februar 2001 lag die Arbeitslosigkeit im Silicon Valley bei 2,4%. Interessanter aber ist die Entwicklung: Im Februar betrug, wie gesagt, die Arbeitslosigkeit 2,4%. Im August war die Arbeitslosenquote auf 5,5% gestiegen. Die Arbeitslosigkeit hatte sich also innerhalb weniger Monate mehr als verdoppelt. Im September 2002, also etwas mehr als ein

Jahr später, war sie bis auf 7,7 % gestiegen. Sie war in der Tat höher als im Rest von Kalifornien. Dann begann sie langsam wieder zu sinken. Im August 2003 war sie auf 6,9 % gefallen, und im August 2005 ist sie wieder bei 5,5 % angekommen, also genau dort, wo der dramatische Einbruch im Jahre 2001 erfolgte. Bei dem scharfen Anstieg der Arbeitslosigkeit spielt natürlich das amerikanische Arbeitsrecht eine große Rolle. Die Tatsache, daß Arbeitsverhältnisse einfach beendet werden können, wenn kein Bedarf mehr besteht, ist für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit natürlich ein bestimmender Faktor. Allerdings sollte man auch diese »hiring and firing«-Regeln nicht überschätzen, denn dieses Recht ist andererseits eingegrenzt durch scharfe Diskriminierungsverbote. Es darf zum Beispiel niemand entlassen werden wegen seines Geschlechts, seiner Rasse und seines Alters. Ab einem Alter von 40 Jahren ist man geschützt gegen Entlassung aus Altersgründen, so daß die Firmen, die jemanden entlassen wollen, häufig sehr komplizierte Kalkulationen durchführen müssen, um zu sehen, ob sie sich nicht einem Prozeßrisiko aussetzen, wenn sie jemanden entlassen, der älter als 40 Jahre ist. Es kommt auch häufig zu Abfindungszahlungen, wenn man jemanden nicht mehr braucht. Diese Abfindungszahlungen werden im allgemeinen individuell ausgehandelt.

Die Beschäftigungsentwicklung muß man vor dem Hintergrund einer sehr mobilen Bevölkerung im Silicon Valley sehen. Während der letzten zehn Jahre ist die Gesamtbevölkerung im Silicon Valley von 2,2 Millionen im Jahre 1993 auf 2,44 Millionen im Jahre 2003 gestiegen. Das ist im wesentlichen auf den Geburtenüberschuß zurückzuführen, der bei jährlich 1 % liegt (vgl. Abbildung 4). Demgegenüber fallen die Bevölkerungswanderungen in das und aus dem Silicon Valley statistisch kaum ins Gewicht. Dennoch sind sie sehr interessant. Aus ihnen geht nämlich eine »Migrationslust«, die den Amerikanern immer wieder nachgesagt wird, nicht hervor. Zwar stehen für den Beweis dieser Behauptung nur Nettozahlen zur Verfügung, aber Wanderungen von 0,2 % (1993), 0,5 % (1997) und 0,8 % (2002) sind eher Argumente für die hohe Anziehungskraft des Silicon Valley für die Menschen in den USA als für die Bereitschaft, Silicon Valley zu verlassen.

Abb. 4: Bevölkerungsbewegungen



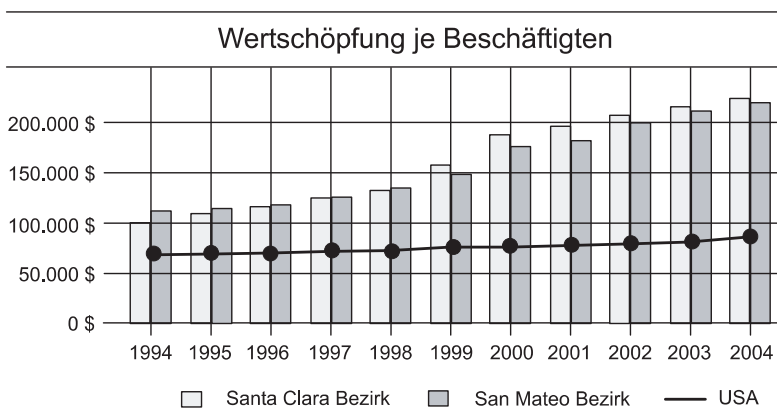
Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Die Beschäftigungsentwicklung im Silicon Valley ist um so beeindruckender, als sie bei hohem Produktivitätswachstum stattgefunden hat (vgl. Abbildung 5).

Wie Abbildung 5 zeigt, ist die Wertschöpfung der Unternehmen je Beschäftigten von 100.000 \$ (Santa Clara Valley) in den zehn Jahren zwischen 1994 und 2004 auf knapp 225.000 \$ gestiegen. Bezeichnet man, wie es die amerikanische Quelle (hier: economy.com) tut, die Wertschöpfung je Mitarbeiter als Produktivität und die Veränderung dieser Produktivität als Produktivitätsfortschritt, läßt sich feststellen: Über die zehn Jahre der dargestellten Periode hinweg betrug der Produktivitätsfortschritt in der Santa Clara County 8,5 %. In der San Mateo County lag er bei 6,7 % Das ist bemerkenswert hoch. Konkret: Durch den technischen Fortschritt hätten jährlich 8 oder 9 von 100 Beschäftigten in der Santa Clara County eingespart werden können, ohne daß die Wertschöpfung der Unternehmen gesunken wäre. In der ersten Periode ist trotz dieses hohen technischen Fortschritts die Beschäftigung weiter gestiegen. Wie gezeigt, wuchs die

Beschäftigung um 4,9 % in den sieben Jahren der ersten Periode, und mithin hätte der rein rechnerische Beschäftigungsanstieg vor Produktivitätsfortschritt bei 13,3 % gelegen, wenn man den gleichen Wertschöpfungsanstieg ohne technischen Fortschritt hätte erzielen wollen. Im zweiten Abschnitt haben die Beschäftigungseffekte mit einer Rate von 3,8 % jährlich abgenommen. Bei der tatsächlichen Fortschrittsrate der Produktivität hätte die Beschäftigung um 8,45 % abgenommen. Der rechnerische Beschäftigungseffekt von jährlich 4,65 % hat also den Produktivitätseffekt deutlich abgebremst.

Abb. 5: Die Produktivitätsentwicklung im Silicon Valley



Quelle: 2005 Index of Silicon Valley. Joint Venture: Silicon Valley Network, San José, California

Neben der hohen räumlichen Mobilität der Bevölkerung im Silicon Valley spielt die geistige Mobilität der Menschen in diesem Gebiet wohl eine noch größere Rolle. Die Statistik zeigt, daß die Bevölkerung sich im Jahre 1993 zu 60 % aus Weißen, zu 20 % aus Asiaten, zu 15 % aus Hispanos und zu 5 % aus Afroamerikanern zusammensetzte. Im Jahre 2003 hatten sich die Verhältnisse deutlich verschoben.

ben: nur noch 37 % waren Weiße, 36 % Asiaten und 24 % waren Hispanos. Der Anteil der afroamerikanischen Bevölkerung lag bei nur noch 2 %, und 1 % entfiel auf amerikanische Indianer. Da es zu Ghettobildungen im Silicon Valley nicht gekommen ist, spielt die interkulturelle Kommunikation eine beachtliche Rolle. Sie mag die geistige Mobilität in der Bevölkerung durchaus gefördert haben.

Welche Schlüsse sind aus den Erfahrungen im Silicon Valley zu ziehen?

- Die Universitäten im und um das Silicon Valley haben hervorragend ausgebildete Absolventen mit unternehmerischem Geist hervorgebracht. Die Umfeldbedingungen im Silicon Valley waren und sind für Existenzgründer besonders günstig.
- Die Gewinn- und Lohnsteigerungsraten in den Unternehmen der Existenzgründer waren offenbar besonders hoch. Sie überkompensierten das hohe Risiko eines Fehlschlags der Gründung.
- Firmengründungen regten weitere Existenzgründer an, Start-up-Firmen zu gründen. Die wachsende Anzahl der in Silicon Valley tätigen Firmen hatte selbst Beschäftigungseffekte. Die Anzahl der Selbständigen stieg über die gesamte Periode hinweg deutlich an.
- Die Erfolge der Start-up-Firmen hatten eine steigende Nachfrage nach angestellten Mitarbeitern zur Folge. Auch diese Beschäftigten gingen ein hohes Risiko ein, aber viele wagten den Schritt, und die Beschäftigung insgesamt stieg deutlich an.
- In Silicon Valley entstand eine Industrie mit hohem Beschäftigungszuwachs und hohem Produktivitätswachstum. Das sind die Wirtschaftszweige, die für die Vollbeschäftigung eines Landes von entscheidender Bedeutung sind.

Lieber Herr Casper, ich danke Ihnen herzlich für Ihren Beitrag zu unserer Diskussion über Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. An dem Beispiel des Silicon Valley haben Sie aufgezeigt, wieviel Beschäftigung durch die Entscheidung für die Gründung eines Unternehmens entsteht. Der selbständige Unternehmer schafft sich seine Be-

schäftigung selbst und schafft darüber hinaus Arbeitsplätze für angestellte Mitarbeiter. Die Zugkraft des Erfolgs, verbunden mit der Attraktivität des Standorts, lösen weitere Beschäftigungseffekte aus. Liegen die Dinge bei Künstlern ähnlich? Sind ihre Beschäftigungsprobleme grundsätzlich andere als die selbständiger Unternehmer im gewerblichen Bereich und im Bereich der Dienstleistungen? Über die Besonderheiten von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf dem Künstler-Arbeitsmarkt berichtet uns nun Herr von Pilgrim.

VII. Beschäftigung in der Kunst

HUBERTUS VON PILGRIM

Herr Ordenskanzler, meine Damen und Herren, es ist natürlich außerordentlich belebend, wie das Karussell unserer Themen sich dreht und wie es doch wieder auf einen Kern, nämlich die Not und die Beschreibung der Gegenwart, zurückkommt.

Arbeit ist ein ambivalenter Begriff. Es ist für mich manchmal ein bißchen erstaunlich, wie leichtfertig man mit ihm umgeht, z.B. dadurch, daß man ihn ganz selbstverständlich mit Einkommen gleichsetzt. Das gilt für die Kunst so nicht. Das ist das erste, was ich feststellen muß. Das zweite ist, daß natürlich auch in der Kunst die Arbeit ein ambivalenter Begriff ist. Denken Sie an eine große Erscheinung, allen geläufig, Michelangelo, der mit seinen Sklavenfiguren sich auch immer selbst in diesen Sklavenfiguren sah, daß er also unter seiner Arbeit stöhnte und im Grunde doch mit größter Lust daran arbeitete. Das ist einfach eine Ambivalenz, die in künstlerischer Arbeit steckt. Also wenn ich an das biblische »im Schweiß deines Angesichts« denke, so gilt das für uns Künstler wohl nicht. Ich will hier nicht auf biographische Dinge eingehen, obwohl mich das verlocken würde, aber es ist gerade in diesen Tagen 60 Jahre her, daß ich als Heranwachsender mit meinem älteren Bruder in das Gefangenenlager eindringen konnte, wo mein Vater war. In der ganzen Katastrophe hatte ich den Eindruck, daß sie nicht arbeiten

konnten im Lager – mein Vater war im Offizierslager als Ingenieur –, und das war die größte Strafe damals. In der Folgezeit habe ich dann einen arbeitslosen Vater gehabt, der natürlich auch das Trauma genau aus der Zeit hat, die Sie, verehrter Herr Giersch, beschrieben haben. Ich bin natürlich von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Lassen Sie mich mein Thema »Beschäftigung in der Kunst« mit heiteren Versen beginnen:

Der Plastiker, der uns ergötzt,
weil er die großen Männer setzt,
grauschwärzlich, grünlich oder weißlich,
schon darum ist er lüb- und preislich,
daß jeder, der zum Beispiel fremd,
soeben erst vom Bahnhof kömmt,
in der ihm unbekanntten Stadt
gleich den bekannten Schiller hat.

Doch größern Ruhm wird der verdienen,
der Farben kauft und malt mit ihnen.

.....

Wer hat die Reihe deiner Väter
Seit tausend Jahren oder später
So meisterlich in Öl gesetzt?
Wer wird vor allen hochgeschätzt?
Der Farbenkünstler! Und mit Grund!
Er macht uns diese Welt so bunt.

Darum, o Jüngling, fasse Mut;
Setz auf den hohen Künstlerhut
Und wirf dich auf die Malerei;
Vielleicht verdienst du was dabei.

1. Ich will hier für ein Resumé der wirtschaftlichen Situation der heutigen Künstler diese lustigen Verse von Wilhelm Busch ernst nehmen. Denn was im 19. Jahrhundert in München galt, wo 1884 die Bildgeschichte »Maler Klecksel« niedergeschrieben wurde, trifft in einem krassen Erfolgs- und Armutsgegensatz noch heute zu. Einerseits blühte die Kunst und hat immer noch einen teilweise immensen Erfolg, der um so spektakulärer wirkt, als die soziale Herkunft der Künstler, seit wir mit dem Beginn der Neuzeit individuelle Lebensläufe verfolgen können, immer eine breite Streuung hatte. Ob sie ganz genau die Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung spiegeln, sei dahingestellt. Der große Spannungsbogen der sozialen Herkunft gehört auch zur Lebendigkeit der Kunst. Ich kenne von meiner Akademietätigkeit her beispielsweise eine Habsburg-Tochter oder einen Heisenberg-Enkel. Andererseits kann ich zurückgehen bis zu Leon Battista Alberti. Das große Architekturgenie war unehelicher Herkunft – der berühmte »uomo universale« kam aus bedrängten sozialen Verhältnissen. Auffällig ist der Aplomb, wenn sich dann und wann ein Künstler ärmster Herkunft später als »Malerfürst« gerierte – analoge Fälle gibt es bis heute.

Dieser Glanz einiger weniger verdeckt die Misere vieler anderer. Auf der einen Seite können wir konstatieren, daß der längst globalisierte Kunstmarkt blüht. Auf der anderen Seite belegt ein »Künstlerreport« der Bundesregierung⁵ neben anderen Untersuchungen, daß nur vier oder fünf Prozent der Künstler von ihrer genuinen Arbeit leben können. Das wird in früheren Zeiten nicht anders gewesen sein, wie wir aus dem zweifelnden Unterton des »Ernüchterungsverses« à la Heine »Vielleicht verdienst du was dabei« schließen können. Die große Mehrheit der Künstler befindet sich also in einer erschreckend bedrängten Situation, ist nicht arbeitslos – eine für uns nicht so recht treffende Kategorie –, ist aber eben einkommenslos oder außerordentlich einkommensschwach. Diesen Befund zu analysieren stellt mich vor methodische Probleme.

2. Da ist zunächst die ungeschützte Bezeichnung »Künstler« zu definieren, was man pragmatischer versuchen könnte mit sachgerechten

Unterteilungen. Denn das Etikett »freier Künstler« traf oder trifft nicht für alle zu. Martin Warnke relativiert in seiner bedenkenswerten Untersuchung »Hofkünstler«⁴ die herrschende Lehrmeinung, daß »ein autonomes Kunst- und Künstlerbewußtsein als eine der großen Leistungen stadtbürgerlicher Kultur der Renaissance anzusehen sei«. Der Hamburger Kunsthistoriker argumentiert dagegen, daß der in der »Hoffreiheit«, nicht in bürgerlichen Zunftzwängen lebende Hofkünstler die Emanzipation des modernen Künstlers wesentlich bestimmte. Es ist hier weder der Ort noch meine Kompetenz, dieses von der Fachkritik ignorierte Werk zu referieren. Aber ich gebe eben grundverschiedene Dispositionen der künstlerischen Existenz zu bedenken und merke als ein Beispiel an, daß man als einen im Ursprung höfischen »Kunstintendanten« in der Neuzeit den Verpackungskünstler Christo ansehen könnte. Von dem Ware-Kunde-Verhältnis im Kunsthandelssinne kann da nicht mehr die Rede sein. Junge Kunststudenten reagieren darauf mit der Forderung, daß ihnen fundraising von Hochschullehrern beigebracht wird. Früher waren heute weitgehend abgeschaffte Studienfächer wie Maltechnik, Farbenlehre, Anatomie, Schriftgestaltung nicht nur für das künstlerische Hauptfach wie Malerei als konstitutiv angesehen, sie waren auch mit der Auffassung verbunden, Künstler könnten sich notfalls immer noch mit kunstnahen Handwerksberufen durchschlagen. Heute interessiert der Dreh, wie man die Mittel für ein event zusammenbringt, das ja für den Betrachter gratis ist, im Falle Christo sogar weltweit.

3. Auch die Wandlungen der Auftragskunst sind zu bedenken. Die Portraitmaler, die Busch auch mit seinen fröhlichen Reimen bedenkt, sind als gesonderte Gattung längst verschwunden, insbesondere da, wo sie sich speziell als Miniaturmaler etabliert hatten. Die Photographie hat sie grosso modo für die konventionellen Bedürfnisse brotlos gemacht. Aber die beweglichsten unter ihnen haben diese Bewegung selbst mitgetragen, indem sie sich der Photographie produktiv zuwandten. Der hohe künstlerische Standard der Photographien der Frühzeit beweist das. Louis-Jacques Daguerre, auf den

unser Orden so stolz sein kann, belegt diese Wandlungsfähigkeit, da er doch seiner Herkunft nach Maler, speziell Theatermaler, war, wenn auch nicht vom Range des gleichzeitig in den Orden aufgenommenen Ingres, aber eben doch auf seine Weise ein vorausweisendes Genie.

Die wirtschaftliche Lage der Auftragskünstler ist höchst uneinheitlich. Mir ist das betäubliche Beispiel des erfolgreichsten deutschen Münzgeldentwerfers im Sinn. Seinen Namen⁵ kannten nur die Experten, aber in den Händen aller waren vorbildlich gestaltete Umlaufmünzen. Manche seiner Gestaltungen von Sonderprägungen brauchen einen Antikenvergleich nicht zu scheuen. Sie spülten viel Geld in die Kasse des Fiskus. Aber der mit Abstand erfolgreichste, jedoch karg dotierte Geldgestalter lebte am Rande des Existenzminimums.⁶

Die auf dem freien Markt in selbständiger Existenz produzierenden Künstler sind und bleiben die sozialen Sorgenkinder. Denn das Grundproblem ist nicht analytisch erklärbar, nämlich die Bedarfsfrage. Ein junger Mensch, der sich zur Kunst entschließt, ist nun einmal nicht bedarfsorientiert, sondern richtet sich nur subjektiv auf sein individuelles Wollen. Aber selbst die auf ca. 15 % beschränkte Eignungsauslese der Akademien bewahrt ihn später selten vor großer Not.

4. Eine lakonische Feststellung, über den Erfolg im freien Beruf entscheidet der freie Markt, ist erörterungslos auf die Kunst nicht anwendbar. Gewiß kann man an einem Fallbeispiel wie Picasso etwa sagen, daß er das das XX. Jahrhundert prägende Genie war mit entsprechendem Markterfolg, auch über seinen Tod hinaus. Im Umkehrschluß braucht man einer nicht bezifferbaren Zahl von Kunstadepten, die im Orkus der Vergessenheit verschwunden sind, keine Träne nachzuweinen. Aber auch der in Kunstingen nicht sonderlich bewanderte Laie kennt nicht nur die bis heute anrührende Kunst von van Gogh, sondern auch sein anrührendes Schicksal: Zu Lebzeiten kein einziges Bild verkauft, wobei heute jedes von ihm auf dem Weltmarkt Spitzenpreise erzielt! Das Beispiel dieses Holländers mag als besonders kraß gelten. Differenziertere Betrachtungen wür-

den kein anderes Resultat liefern. Nenne ich nur als Beispiel die so berühmten Zeitgenossen von Wilhelm Busch, Kaulbach und Lenbach – sie leben heute in München in erster Linie in Straßennamen fort – im Gegensatz zu Hans von Marées, der die Avantgardegeneration nach ihm nachhaltig, bis heute, beeindruckt hat. Er führte ein Malerleben oft an der Armutsgrenze, hatte keinen öffentlichen Auftrag, abgesehen von der privat finanzierten Ausmalung der zoologischen Station in Neapel – unser erster Nachkriegsprotektor, Theodor Heuss, hat einen Essay über diese epochalen Fresken geschrieben.

Wenn man nun der übersehenen großen Begabungen gedenkt, muß man in logischer Überkreuzargumentation, gewissermaßen »chia-stisch«, auch die Gruppe der zu Unrecht Hochgelobten aufzählen. Sie verdient oft nicht schlecht und genügt doch nur Buschs lapidarer Formel »der Farben kauft und malt mit ihnen«.

Daß diese Betrachtung nicht akademisch ist, lehrt uns das aufschlußreiche Beispiel einer gescheiterten Sozialutopie. Holland hat eine Weile seinen Künstlern einen Künstlersold gezahlt für eine jährlich zu erbringende Gegenleistung von zwei Werken. Das Projekt ist inzwischen untergegangen. Die Museumslager quollen über, das Geld wurde knapp, man mußte die Lager auflösen. Der Versuch, mit dem Verkauf von Bildern der »besseren« Künstler das so wohlgemeinte Unternehmen zu refinanzieren, scheiterte, sei es, daß daran die Marktüberschwemmung schuld war, sei es, daß sich ein naheliegender Verdacht bestätigte: Erfolgskünstler, die gleichmacherisch das »sichere Geld mitnahmen«, lieferten unter ihrem Marktpreis, angeblich aber auch unter ihrem Niveau.⁷

Da wir nun einmal bei Holland sind, will ich bei einem anderen holländischen Beispiel bleiben, das zwar nicht aus unserem Jahrhundert gegriffen ist, aber meiner Ansicht nach aktuell geblieben ist. Das 17. Jahrhundert gilt als ein Goldenes Zeitalter der Malerei. Der Soziologe Arnold Hauser listet in seiner »Geschichte der Kunst und Literatur«⁸ die hoffnungslos überbesetzte Zahl der bildenden Künstler auf, die er in Bezug setzt zu den überlieferten Simultanzahlen der Zunftberufe des täglichen Bedarfs wie Metzger oder Bäcker. Folglich mußten viele Künstler mit »fachnahen oder fachfremden

Nebeneinkünften« ihr Leben fristen, sei es, daß sie sich nebenher dem mehr und mehr aufkommenden Kunsthandel zuwandten, ihr Glück mit dem schon damals beliebten Züchten von Tulpen suchten oder einfach eine Kneipe aufmachten – jedenfalls, und das ist das eigentlich Mitteilenswerte, auch Maler großen Ranges wie Adriaen Brouwer oder Jan Steen. Arnold Hauser weist ausdrücklich auf das Paradox hin, daß es den niederländischen Malern jener Zeit oft wirtschaftlich schlechter ging, je besser sie künstlerisch waren. Jan Steen betrieb zeitweilig nebenher in Delft eine Brauerei. Geradezu exemplarisch erscheint, was biographisch in der Propyläen-Kunstgeschichte (Bd. 9, 17. Jh.) über Adriaen Brouwer zu lesen ist: »Trotz weiter Verbreitung und Anerkennung sowie hoher Preise seiner Bilder hat es Brouwer nicht zu geregelten Verhältnissen bringen können. 1631 siedelte er nach Antwerpen über; 1632 mußte er seinen ganzen Besitz dem Seidenhändler J. van der Borch übereignen. Danach scheint er ein unstetes Leben geführt zu haben. Wie Houbraken berichtet, hat sich Rubens für den vorübergehend in Haft gehaltenen Künstler eingesetzt.«

5. Das Verzögerungsmoment der künstlerischen Anerkennung bleibt eine Grunddisposition der künstlerischen Existenz – Baudelaire gebraucht das einprägsame Bild der nachgehenden Uhr des öffentlichen Geschmacks in bezug auf das zeitgenössische Genie.⁹ Es ist ja keineswegs so, daß heute nicht ein beachtlicher Teil des Bruttosozialproduktes für den Ankauf von Kunst oder für den Bau von Museen ausgegeben würde. Wie aber der Münchner Kunsthistoriker Walter Graskamp¹⁰ schon 1981 in seiner lesenwerten Sozialgeschichte der Museen dargestellt hat, sind Museen – vereinfacht zusammengefaßt – sowohl erstrebtes Ziel der Künstler wie wirtschaftlich ihr Feind, als sie eben viel kunstgerichtete Kaufkraft der Gegenwartskunst abziehen. Auch wenn die Wertschätzung vergangener Kunst nicht neu ist, vermutlich auch den Preis einiger Gegenwartskünstler mit hochzieht, so bleibt das Faktum, daß niemals in der Kulturgeschichte derart exorbitant hohe Geldsummen insgesamt für den Erwerb alter Kunst ausgegeben wurden wie in der Gegenwart.

Auf ein anderes gegenwartstaugliches Paradox muß ich mit einem Fallbeispiel kommen. Rembrandt war in der eben skizzierten Szene des 17. Jahrhunderts alles andere als ein verkanntes Genie. Er geriet in äußerste wirtschaftliche Bedrängnis durch seine Sammelleidenschaft. Er war ein Verschwender, konnte nicht haushalten. Aber vernünftig wirtschaften können wir Künstler mehrheitlich alle nicht. Wir gehen mit unseren Kräften verschwenderisch um, unterschätzen unsere Zeitpotentiale, oder wir geben, so wir es haben, leichtsinnig unser Geld aus!

Nun bitte ich Sie abschließend, der Stunde in Coburg vor zwei Jahren zu gedenken, als ich Ihnen einige handverlesene Graphiken zeigen durfte. Darunter war Rembrandts Radierung von der Löwenjagd – wie alle seine Graphiken unglaublich verlebendigt, beobachtungsnah, aber gleichzeitig geradezu abstrakt, oder allgemeingültiger gesprochen, überzeugend durch die Knappheit der Mittel. Anders gewendet: der Verschwender als Ökonom!

Mit dieser nicht auflösbaren Antinomie will ich meine Betrachtung schließen.

Vielen Dank, Herr v. Pilgrim, für Ihren Beitrag. Sie haben uns eine große Vielfalt von Formen der Beschäftigung aufgezeigt und auch ihren geschichtlichen Wandel erläutert. Auf der Anbieterseite sind es die freischaffenden Künstler, die von dem Verkauf ihrer Werke leben können, die sozialversicherungspflichtig in Unternehmen beschäftigten Graphiker und Photographen, die Studienräte für das Fach Kunst, die Bühnenbildner beim Fernsehen oder in städtischen Theatern, die nebenberuflich tätigen Museumspädagogen oder auch die Partner eines hauptberuflich Beschäftigten, der den Unterhalt für die Familie verdient.

Auf der Nachfrageseite sind es die Fürstenhäuser, die staatlichen oder privaten Museen und Kunstsammlungen, die die Nachfolge der Fürstenhäuser angetreten haben, und die privaten Sammler oder Spekulanten.

Der Künstler ist, so scheint es, durchaus ein Paradebeispiel für das allgemeine Phänomen, das Lord Dahrendorf beschrieben hat: den Strukturwandel der Beschäftigung.

D. Allgemeine Diskussion

Meine Damen und Herren, unsere Referenten auf dem Podium haben uns die Vielfalt der Probleme aufgezeigt, die mit dem Thema »Beschäftigung und Arbeitslosigkeit« verbunden sind. Die große Diversität der Probleme, unterschieden nach Berufen, nach Arbeitsformen, nach Arbeitszeit und Beschäftigungszeit, nach ehrenamtlicher und bezahlter Arbeit, nach Selbständigkeit und Sozialversicherungspflicht, nach Geschlecht, nach Alter, nach Beschäftigung im privaten und im öffentlichen Bereich, hat uns deutlich gemacht, daß einfache Lösungen für Probleme am Arbeitsmarkt nicht erwartet werden können. Deshalb kann diese Diskussion auch kein klares und einfaches Ergebnis haben, mit dem wir die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiker erfreuen könnten. Vielleicht entspräche der Vielfalt unseres Ordens am ehesten noch die Empfehlung: »Versuche, der Diversivität und der Vielschichtigkeit der Probleme gerecht zu werden – ohne dabei die Grundprinzipien unserer marktwirtschaftlichen Ordnung zu verletzen oder gar aufzugeben.«

Um diese Vielfalt der Probleme deutlich zu machen, haben wir viel Zeit gebraucht. So bleibt nur noch wenig Zeit für Fragen der Ordensmitglieder. Die erste Frage kommt von Herrn Enzensberger.

HANS MAGNUS ENZENSBERGER: Ich habe neulich eine Äußerung eines Menschen vernommen, der, ich glaube, in der Unternehmensberatung arbeitet und die mir durch ihre Dreistigkeit aufgefallen ist mit dem Satz: »In Deutschland herrscht Vollbeschäftigung.« Er hat es damit begründet, daß er die Arbeitslosenzahlen verglichen hat mit einer Abschätzung der in Schwarzarbeit tätigen Leute. Natürlich sind diese Zahlen, wie wir wissen, sehr vage und schwer zu bestimmen, was Schwarzarbeit ausmacht. Aber es gibt ja Schätzungen,

Anteile am Bruttosozialprodukt usw., und daraus hat er also geschlossen, daß diese Zahlen einander entsprechen, d.h., die offizielle Arbeitslosigkeit werde aufgewogen durch die Tätigkeit, die nicht in diesen Statistiken der offiziellen Arbeitsämter usw. auftaucht. Ich möchte gerne wissen, ob da etwas dran ist.

HERBERT GIERSCH: Ich weiß die Antwort nicht. Ich glaube, daß die Aussage für Deutschland falsch ist. Schwarzarbeit wird in der Regel von Beschäftigten ausgeübt. So erklärt sich auch die Tatsache, daß dieser illegale Vertrag zustande kommen kann, ohne daß eine von beiden Seiten eine Erpressungsmöglichkeit hat. Nach meiner Kenntnis ist das einzige europäische Land, in dem Schwarzarbeit im großen Umfang von Nichtbeschäftigten ausgeübt wird, Spanien, das eine sehr hohe Arbeitslosenquote hat, aber wo offenbar Mechanismen funktionieren, die im übrigen Europa nicht funktionieren. Also: Schwarzarbeiter sind in der Regel Beschäftigte.

ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER: Ich möchte ein paar ergänzende Bemerkungen im Anschluß an das, was Herr Dahrendorf und Herr Jüngel über die kulturelle Bedingtheit des Umgangs mit Arbeitsverhältnissen gesagt haben, machen. Die neukantianischen Sozialisten, die die geistigen Väter der demokratischen Arbeiterpartei sind, haben einen Kernsatz zu ihrem Programm gemacht. Im Anschluß an Kants: »Der Mensch darf nicht nur als Mittel betrachtet werden« haben sie die These aufgestellt, in der abhängigen Arbeit wird der Mensch nur als Mittel zum Zweck wahrgenommen. Deshalb die Organisation in Parteien und Gewerkschaften. Und gleichzeitig wurde die Gegenmachtvorstellung entwickelt. Die Unternehmen werden so ähnlich wahrgenommen wie der Staat, mit Herrschergewalt, so daß es nur vom guten Willen der Unternehmen abhängt, ob sie denn Arbeitsplätze schaffen oder nicht.

Diese Vorstellung hat die Einstellung der Menschen nachhaltig geprägt. Als ich in unser Institut in Hamburg kam, gab es dort eine Forschungsgruppe von Soziologen, die sich mit den Auswirkungen des Kündigungsschutzes beschäftigten. Ich habe mit dem Leiter

dieser Forschungsgruppe über die Frage gesprochen, ob wir zusammenarbeiten könnten. Ich habe ihn gefragt, was sie gegenwärtig untersuchen. Er sagte, wir untersuchen die Mißbräuche, die mit Kündigungsschutzbestimmungen dadurch praktiziert werden, daß die Kündigungsschutzbestimmungen nicht eingehalten werden, d.h. der Arbeitsplatz nicht garantiert wird, sondern statt dessen Abfindungen gezahlt werden. Schon die Vorstellung, daß der Arbeitsplatz zur Disposition stehen könnte, wurde von dieser Forschungsgruppe als ein mit der Würde der Arbeit unvereinbarer Mißbrauch angesehen. Das war etwa 1980. Ich glaube, das genügt, um deutlich zu machen, wie groß im Bewußtsein – speziell der deutschen Gewerkschaften – der Widerstand gegen die Flexibilität ist. Das ist das direkte Gegenstück zu dem, was uns Herr Casper vom Silicon Valley vorgeführt hat.

MANFRED EIGEN: Ich hätte gern noch zum letzten Vortrag von Herrn Casper etwas gefragt. Mir ist nicht ganz klar, inwieweit Silicon Valley für die Gesamtproduktion Amerikas beispielgebend ist. Wenn die Betriebe aus durchschnittlich sechs bis acht Mitarbeitern bestehen, dann kann man ruhig 1.000 Betriebe haben, aber immer noch nicht viel im Vergleich etwa zu Pfizer, zu Novartis und zu den großen Konzernen; da wird ja das große Geld produziert. Nichtsdestotrotz sind diese Firmen sehr wichtig. Warum? Sie sind darauf angelegt, daß sie nach einer bestimmten Zeit verkauft werden. Die Biotechnologie ist jetzt gar nicht mehr am stärksten in Silicon Valley. Da sind vielleicht ungefähr 120 bis 150 Unternehmen, von denen im nächsten Jahr, also ein Jahr später, allenfalls noch 80 existieren und entsprechend 70 neue entstehen, d.h. also, wenn sie etwas erarbeitet haben, sehen sie zu, daß sie an einen Großen verkauft werden – da bekommen sie das meiste Geld für ihr Unternehmen. So müßte man mal ausrechnen, wie sich das auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Bei uns käme, glaube ich, da ein ganz anderes Bild heraus.

GERHARD CASPER: Manfred, ich gebe dir natürlich völlig recht, daß die Firmen unter anderem relativ kurzfristig arbeiten, weil sie sehr viel neuen Wert schaffen in kurzer Zeit und dann den Verkaufs-

gewinn maximieren. Wir müssen dabei auch noch berücksichtigen, daß das, was für das Silicon Valley gilt oder was für Teile von Texas gilt oder was für andere Bereiche gilt, also etwa für Boston, Bereiche also, wo sehr viel intellektuelles Kapital vorhanden ist und auch aktiv genutzt wird, all das gilt natürlich nicht ohne weiteres für den Rest der Vereinigten Staaten. Ich habe keinen Moment geglaubt, daß ich ein repräsentatives Bild der USA gebe oder geben sollte. Die kalifornische Regierung sagt gerne, Kalifornien ist insgesamt vom Silicon Valley bis nach San Diego hin in vieler Weise einzigartig. Die kalifornische Regierung behauptet auch: Wenn Kalifornien ein unabhängiges Land wäre, von einem Präsidenten Schwarzenegger regiert, dann wäre es die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Damit habe ich mich beschäftigt. Für den Rest des Landes gilt, daß die Arbeitslosigkeit milde geblieben ist – unter anderem deshalb, weil der Staat eine keynesianische Politik betreibt. Er hält die Steuern niedrig und findet viele Wege, um das Geld, was er hat, auch auszugeben. So erhalten einerseits die Menschen, die mehr Geld in der Tasche haben, als sie eigentlich haben sollten, starke Anreize zu konsumieren. Andererseits gibt der Staat Geld für eine ganze Reihe von Programmen aus. Lord Dahrendorf sagte vorhin, daß er gehört habe, daß ein Großteil der neuen Jobs in England Regierungsjobs sind. Dasselbe gilt für die Vereinigten Staaten. Die Regierung Bush weist z.B. darauf hin, daß so viele neue Jobs geschaffen worden sind, und sagt, das ist ja großartig. Die meisten neuen Jobs sind Jobs für Regierungsangestellte, für Personen, die in irgendeiner anderen Weise vom Staat beschäftigt werden. Mit beiden Maßnahmen kann man die Nachfrage stimulieren, solange die Menschen nicht merken, daß sie auf Pump leben.

MANFRED EIGEN: Ich habe meine Frage hauptsächlich gestellt, weil wir ja etwas auch für unsere Republik lernen wollen. Da fällt mir jedenfalls auf, daß im Sinne der neuartigen Untersuchungen zu wenig investiert wird. Wir haben hier keine Investoren, und die, die es gibt, wollen nach wenigen Jahren mit Gewinn verkaufen und aussteigen.

GERHARD CASPER: Ich habe keine Zahlen für Deutschland vorliegen, aber gute Zahlen über die Investitionen in den USA, die weiterhin sehr, sehr hoch sind.

Ich hatte neulich eine Unterhaltung mit einem Freund in München, der auch in der Biotechnikindustrie tätig ist. Er beklagte sich bitter darüber, daß es so sehr schwer ist, Geld, vor allem venture capital, zu bekommen. München und Baden-Württemberg glauben, sie seien besonders aktive Regionen in dieser Hinsicht. Aber im Vergleich zum Silicon Valley ist das offenbar unzutreffend.

LORD DAHRENDORF: Ich möchte zwei kurze Punkte anmerken. Der eine geht auf den Hinweis von Gerhard Casper ein, daß die Zusammensetzung der Bevölkerung im Silicon Valley nach Rasse und Zugehörigkeit außerordentlich heterogen ist. Unterschiede der Wirtschaftskulturen werden bestehen bleiben und sind auch durchaus in einem bestimmten Rahmen erträglich. In der Tat ist eine der interessantesten Fragen, die man heute stellen kann, diejenige, wie groß die Variationsbreite erfolgreicher Volkswirtschaften in kultureller Hinsicht ist. Es gibt also sehr beträchtliche Unterschiede in der Haltung von Menschen zum Wirtschaften, zur Arbeit, übrigens zu Lohnnebenkosten, zur Staatsquote. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß es wichtig ist, daß bei gegebenen Einstellungen und Haltungen ein Weg voran gefunden werden kann.

Mein zweiter Punkt knüpft an die Bemerkung an, die Sie, Herr Albach, im Anschluß an meinen Podiumsbeitrag gemacht haben. Sie haben mich da an einer wichtigen Stelle gepackt, nämlich beim Liberalen. Ich bin nun mal ein Grundausstattungsliberaler. Ich bin der Meinung, daß jeder Mensch ein bestimmtes Lebensniveau haben soll, und ich möchte alles tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschen sich dasselbe erwerben, aber wenn sie das nicht können, habe ich in der Tat sehr viel Sympathie für Maßnahmen, die diese Grundaustattung für jeden garantieren. Dazu gehören auch öffentliche Dienste, die in der Welt, in der ich lebe, eben besser sein sollen als in Kalifornien, und auch das gehört mit in den Rahmen der erträglichen Variationen von Marktwirtschaft, Kapita-

lismus und Arbeit. Aber das sind ganz dogmatische Bemerkungen zu weiteren großen Problemen im Rahmen unseres Themas.

HORST ALBACH: Gestatten Sie mir, einige abschließende Bemerkungen zu machen. Es kam vor allen Dingen darauf an, daß das Silicon Valley als ein Gebiet dargestellt wird, in dem eine Form der Beschäftigung, nämlich die selbständige unternehmerische Tätigkeit, besonders attraktiv ist.

Die Anreize, eine solche Beschäftigung aufzunehmen und auszuüben, sind groß, und zwar sowohl, was die Gewinnaussichten betrifft, als auch, was die Umfeldbedingungen angeht. Es gibt für die Mitarbeiter, die in diesen Unternehmer-Unternehmen angestellt sind, keinen Kündigungsschutz. Kündigungsschutz ist ja nichts anderes als eine staatlich regulierte Obergrenze für die Übernahme von Arbeitsplatzrisiken durch Mitarbeiter. Mitarbeiter in den Firmen des Silicon Valley, so haben wir gehört, sind aber bereit, viel höhere Arbeitsplatzrisiken einzugehen. Folglich verhindert die deutsche Gesetzgebung das Entstehen von Venture-Firmen. Daß tatsächlich die meisten Kündigungen gütlich und im Einvernehmen mit den Unternehmern erfolgten, spricht nicht für den Kündigungsschutz in diesem speziellen Bereich, sondern für mehr Freiheit in der Wahl des Arbeitsplatzrisikos. Die Unternehmen im Silicon Valley sind folglich Unternehmen mit hohen Gewinnerwartungen und mit hohen Existenzrisiken. Das deutsche Umfeld ist sehr viel mehr auf Risikobeschränkung für die Mitarbeiter und hohe Beteiligung des Staates am Innovationserfolg ausgerichtet.

Die hohen Arbeitsplatzrisiken im Silicon Valley werden abgedeckt durch einen Arbeitsmarkt, der hohe Mobilität der arbeitssuchenden Personen fördert. Das heißt: ein Teil der Kosten des Arbeitsplatzverlustes wird kompensiert durch niedrige Kosten der Suche nach neuer Beschäftigung. Da der Wohnungsmarkt hoch entwickelt ist, sind die Mobilitätskosten kleiner als in Deutschland. Für das Silicon Valley gilt also: die hohe Mobilitätsfähigkeit eines Mitarbeiters in Silicon Valley senkt die Mobilitätswilligkeit der Mitarbeiter im Silicon Valley. Genau das hat uns Herr Casper in seinem Beitrag gezeigt.

Schließlich ist das Umfeld der Unternehmen im Silicon Valley geprägt durch eine inzwischen lange Tradition der Venturefinanzierung durch Business Angels und Venture Capitalists. Sie haben zu meist auch einen Sitz im Board des Wagnisunternehmens und damit direkten Einfluß auf das Management. Auf diesen sehr bedeutenden Unterschied zwischen Deutschland und den USA hat Herr Eigen in seinem Kommentar aufmerksam gemacht. Weder in den USA noch in Deutschland spielen die Gewerkschaften bei den jungen innovativen Start-up-Firmen eine Rolle. In diesem Bereich dürften kaum Unterschiede in der Flexibilität des Handelns der Unternehmer bestehen.

Lassen Sie mich zum Schluß Dank sagen: Dank den Ordensmitgliedern, die zur Vorbereitung aller Mitglieder auf diese Diskussion Papiere angefertigt haben. Dank den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion, die ihre Statements vorgetragen und zur Diskussion gestellt haben. Dank schließlich denjenigen Mitgliedern, die sich durch Fragen an der Diskussion beteiligt haben, Dank aber auch all denen, die dieser etwas neuen Form der Podiumsdiskussion ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Mir bleibt, Ihnen allen hier herzlich zu danken. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich zum Schluß einen Text vorlese, der vielleicht nicht ganz zu dem paßt, was hier an ernsten Problemen diskutiert worden ist. Eine poetische Antithese sozusagen. Ich will ihn dennoch vorlesen: »Klaus Buch sagte, das Leben sei zu kurz, als daß man es mit Arbeit vergeuden dürfe«. Das steht bei Martin Walser. »Ein fliehendes Pferd«, S. 97.

Anmerkungen

- 1 Das »goldene Zeitalter«, 1950-1973, als das weltweite Pro-Kopf-Einkommen mit nahezu drei Prozent im Jahr wuchs (...)« (Angus Maddison, »Growth and Interaction in the World Economy«, *The Roots of Modernity*«, S. 6)
- 2 Vgl. Harold James: »Deutschland in der Weltwirtschaftskrise«, S. 370
- 3 Der Künstlerreport (Forbeck/Wiesand) Große Enquete f. d. Dt. Bundestag. München 1975. Gleichzeitig hat Volker Rattemeyer analoge Untersuchungen angestellt. Damals initiierte ich bei der Studienstiftung das Graduiertenprogramm für Künstler, das alsbald mit der testamentarischen Stiftung von Karl Schmidt-Rottluff Rang und Namen bekam. Leopold Reidemeister (Ordensmitglied) war der Testamentsvollstrecker von KSR.
- 4 Martin Warnke: Hofkünstler – zur Vorgeschichte des modernen Künstlers, Köln (Du Mont) 1985/1996. Im Vorwort der Neuauflage führt der Autor die Klage über die ausgebliebene Fachkritik
- 5 Rainer Heinsdorff 1923-2004
- 6 Als Beteiligter an dem Verfahren, das dem Augsburger Künstler einen bescheidenen Ehrensold zusprach, kann ich dieses bezeugen.
- 7 Über dieses Projekt unterrichtete mich der seinerzeit in Amsterdam lebende Kollege Gerhard von Graevenitz. Der kluge Freund kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben – so ist mir eine gerechte Insiderwertung nicht mehr möglich.
- 8 Arnold Hauser: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. Beck München 1953/75
- 9 »Le public est, relativement au génie, une horloge qui retard«, in: *Écrits sur l'art, sur Delacroix*. Gallimard, Paris 1971
- 10 Walter Graskamp: Museumsgründer und Museumsstürmer. Zur Sozialgeschichte des Kunstmuseums. Beck München 1971